

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Konjunkturelle Flaute zum Jahresende 2012 – aber auch Anzeichen für eine mäßige Brise im neuen Jahr

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2013) : Konjunktur aktuell: Konjunkturelle Flaute zum Jahresende 2012 – aber auch Anzeichen für eine mäßige Brise im neuen Jahr, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 1, Iss. 1, pp. 3-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/140937>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturelle Flaute zum Jahresende 2012 – aber auch Anzeichen für eine mäßige Brise im neuen Jahr*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH**

Im Jahr 2012 war die konjunkturelle Dynamik fast überall in der Welt gering. Die Hauptursache dafür liegt in den Konsolidierungsnotwendigkeiten, die im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften entstanden sind. Schon seit dem Spätherbst gibt es allerdings Hinweise darauf, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten im Lauf des Jahres 2013 wieder stärker zunehmen könnten. Ein kräftiger Aufschwung wird sich aber vorerst nicht einstellen, denn die Finanzpolitik wird vielerorts weiterhin restriktiv wirken.

In Deutschland hat die Auslandsnachfrage im September und Oktober 2012 an Schwung verloren, und die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist zuletzt deutlich zurückgegangen. Auch die privaten Käufe und der Wohnungsbau haben im Herbst geschwächt. Alles in allem dürfte die Produktion im vierten Quartal um 0,2% gesunken sein, sodass sich im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 0,8% ergibt. Allerdings haben sich die Geschäftsaussichten und die Auftragseingänge in der Industrie wieder verbessert. Sofern die Eindämmung der Eurokrise gelingt, dürfte sich die konjunkturelle Lage wieder aufhellen und das BIP im Jahr 2013 um 0,7% und im Jahr 2014 um 1,5% zunehmen. Die Beschäftigung wird im Jahr 2013 in etwa stagnieren und erst im Jahr darauf mit 0,2% leicht steigen. Die Verbraucherpreis-inflation verharrt im Jahr 2013 bei 2% und wird im Jahr 2014 mit 1,8% etwas darunter liegen.

Für das Jahr 2013 reicht das 66%-Prognoseintervall für die Wachstumsrate des BIP von –0,2% bis 1,6% und für das Jahr 2014 von –0,1% bis 3,2%. Die wesentlichen Risiken gehen von der Fiskalklippe in den USA und der andauernden Krise in einigen Ländern des Euroraums aus.

Nach einem nahezu ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2012 wird sich der Finanzierungssaldo des Staates im Jahr 2013 wieder leicht verschlechtern; das Finanzierungsdefizit beläuft sich auf 0,3% in Relation zum nominalen BIP. Im Jahr 2014 dürfte sich der negative Finanzierungssaldo etwas verringern.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E60

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2012 bis 2014

	2012	2013	2014
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
private Konsumausgaben	0,5	0,4	1,2
Staatskonsum	1,1	1,3	1,1
Anlageinvestitionen	–2,4	0,3	3,6
Ausrüstungen	–5,5	–3,0	5,6
Bauten	–0,8	2,0	2,2
sonstige Anlagen	3,0	4,0	5,0
inländische Verwendung	–0,4	0,4	1,8
Exporte	4,3	4,0	5,6
Importe	2,3	3,7	6,6
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,7	1,5
dar.: Ostdeutschland*	–0,2	0,5	0,9
nachrichtlich:			
USA	2,2	1,7	2,7
Euroraum	–0,5	–0,2	1,1
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,4	–0,3	0,3
Tariflöhne je Stunde	2,6	2,7	2,3
Effektivlöhne je Stunde	3,3	3,1	2,7
Lohnstückkosten ^a	2,6	1,8	1,5
Verbraucherpreisindex	2,0	2,0	1,8
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	41 557	41 580	41 677
dar.: Ostdeutschland*	5 825	5 825	5 828
Arbeitslose ^b	2 900	3 009	3 007
dar.: Ostdeutschland*	679	664	650
	in %		
Arbeitslosenquote ^c	6,5	6,7	6,7
dar.: Ostdeutschland*	10,4	10,2	10,0
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Finanzierungssaldo des Staates	0,0	–0,3	–0,1

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 13.12.2012).

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2012 am 13. Dezember 2012 veröffentlicht. Aktuellere Daten des Statistischen Bundesamtes weisen für das Jahr 2012 eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland um 0,7% aus. Das vierte Quartal 2012 dürfte somit geringfügig schwächer ausgefallen sein als in der Prognose vom Dezember unterstellt. Die Prognose für die Jahre 2013 und 2014 bleibt davon jedoch unberührt.

** Oliver Holtemöller, Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Sebastian Giesen, Martina Kämpfe, Tobias Knedlik, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Götz Zeddies.

Internationale Konjunktur

Leichte Belebung der Weltkonjunktur im Jahr 2013

Im abgelaufenen Jahr 2012 war fast überall in der Welt die Dynamik von Produktion und Nachfrage gering. Im Euroraum sinkt die Produktion seit Ende des Jahres 2011, und die Wirtschaft Großbritanniens hat im Jahr 2012 wohl nicht mehr als stagniert. In den USA hat das Warten auf die zur Jahreswende zu fällenden finanzpolitischen Entscheidungen die zwischenzeitlich kräftigere Konjunktur am Ende des Jahres wieder gedämpft. In Japan kühlte sich die Konjunktur schon seit dem Frühjahr immer mehr ab. In den großen Schwellenländern, zumal in China, aber auch in Indien und Brasilien, hatte sich das Expansionstempo schon im Lauf des Jahres 2011 verlangsamt. Besonders schwach ist die Dynamik des Welthandels; er hat im Jahr 2012 wohl nur um etwa 2½% zugenommen und dürfte auch im Herbst kaum Fahrt aufgenommen haben.

Zuletzt sind aber die Chancen für eine leichte Belebung der Weltkonjunktur gestiegen. Schon seit dem Spätherbst gibt es Hinweise darauf, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten im Lauf des Jahres 2013 wieder stärker zunehmen könnten. In wichtigen Schwellenländern, allen voran China, deuten Umfragen darauf hin, dass sich das wirtschaftliche Vertrauen der Unternehmen im Herbst wieder gefestigt hat.

Moderates Anziehen der Konjunktur in den Schwellenländern

Die Unternehmen in China haben gute Gründe dafür, für das Jahr 2013 mit einer etwas kräftigeren Konjunktur in ihrem Land zu rechnen. Zwar ist die Auslandsnachfrage weiterhin schwach, die Belastung der Exportindustrien vonseiten einer Wechselkursbedingten Minderung der Wettbewerbsfähigkeit läuft aber aus, denn der real effektive Wechselkurs des Renminbi, der Ende 2011 um 10% aufgewertet hatte, ist seither in etwa konstant. Auch der Abschwung im Immobiliensektor dürfte langsam auslaufen; darauf deutet hin, dass sich der Rückgang der Häuserpreise im Herbst (gemessen am amtlichen Häuserpreisindex für ganz China) deutlich verlangsamt hat. Schließlich ist damit zu rechnen, dass die wirtschaftspolitischen Stimulierungsmaßnahmen angeschlagen werden: So sind Infrastrukturprojekte zuletzt verstärkt in Angriff genommen worden, und die Geldpolitik hat die Bedingungen für die Kredit-

vergabe gelockert. Freilich darf auch kein kräftiger Aufschwung erwartet werden, denn freie Kapazitäten, die zur Befriedigung einer steigenden Nachfrage rasch mobilisiert werden könnten, sind zurzeit wohl nicht in großem Umfang vorhanden. Die Wachstumsdynamik hat sich in den vergangenen Jahren verringert, nicht zuletzt, weil die Spielräume für Produktivitätsgewinne in einer immer entwickelteren Volkswirtschaft enger werden. Die chinesische Wirtschaft dürfte im Jahr 2013 mit 8½% expandieren.

Auch in vielen anderen Schwellenländern verfügt die Wirtschaftspolitik über Instrumente, die sie zur Glättung der wirtschaftlichen Aktivität wirksam einsetzen kann. So haben deutliche Zinssenkungen dazu beigetragen, dass der Abschwung der brasilianischen Wirtschaft im zweiten Halbjahr 2012 zum Stehen gekommen ist. Allerdings wird die Konjunktur in den Schwellenländern auch im Jahr 2013 von der schwachen Nachfrage aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und einem trägen Welthandel gedämpft; das gilt insbesondere für die kleineren und sehr exportabhängigen ostasiatischen Volkswirtschaften.

Fortgeschrittene Volkswirtschaften im Bann der Konsolidierungszwänge

Die Hauptursache für die gegenwärtige Schwäche der Weltwirtschaft liegt in den Konsolidierungszwängen, wie sie im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften entstanden sind. Sie haben sich von den privaten Haushalten und Unternehmen mehr und mehr zu den öffentlichen Haushalten verlagert, denn die durch die Krise ausgelösten hohen Defizite sind nicht lange tragbar. Die Finanzmärkte haben besonders drastische Konsolidierungskurse in den südeuropäischen Krisenländern des Euroraums erzwungen. Dort stecken die Volkswirtschaften in tiefen und anhaltenden Rezessionen, in Spanien und Italien seit Mitte 2011. Weil eine denkbare Staatsinsolvenz oder ein Austritt aus der Währungsunion die einheimischen Banken erheblich treffen würden, ist deren Refinanzierung über private Kapitalmärkte seit Mitte 2011 außerordentlich schwierig. Die Finanzierungsprobleme wandern von den Banken zu ihren Kunden, den privaten Haushalten und Unternehmen in den Krisenländern. Eine systemische Bankenkrise hat sich im Jahr 2012 nur deshalb nicht eingestellt, weil das Eurosystem einen Großteil des Kapitalbedarfs der Finanzinstitute in den Krisenländern über die langfristige

und unbegrenzte Bereitstellung von Liquidität und damit über eine Aufblähung der Geldbasis gedeckt hat. Die Notenbanken der USA, Großbritanniens und Japans versuchen schon seit dem Jahr 2009 der Wirtschaft über Geldmengenexpansion Impulse zu geben, nachdem Leitzinssenkungen an der Nullzinsschranke ihr natürliches Ende gefunden haben. Auch die Ankündigung der EZB vom September, den Marktwert von Staatstiteln der Krisenstaaten notfalls und unter bestimmten Bedingungen durch Käufe (OMT-Geschäfte) zu stützen, ist aus internationaler Perspektive nichts Neues: Die Notenbanken der USA, Großbritanniens und Japans sind schon lange wichtige Käufer der Schuldtitel ihrer Regierungen. Die sehr expansive Geldpolitik stützt die von Konsolidierungsdruck schwer belasteten fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Geringe Zunahme der weltwirtschaftlichen Dynamik im Jahr 2013

Anzeichen dafür, dass die expansive Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften kurzfristig Inflation auslösen könnte, fehlen gegenwärtig. Die Produktionskapazitäten sind unterausgelastet, und die Inflationserwartungen bleiben vorerst verankert; die Renditen von als sicher geltenden langfristigen Staatstiteln waren (mit deutlich unter 2% für US-amerikanische oder deutsche zehnjährige Bonds) nie niedriger. Auch ist es auf den Rohstoffmärkten im Jahr 2012 zu keinen Blasenbildungen gekommen; die Preise sind vielmehr leicht rückläufig – was Erdöl und Nahrungsmittel betrifft, freilich auf weiterhin hohem Niveau.

Was die Finanzpolitik betrifft, wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass es der Politik in den USA zur Jahreswende gelingt, einen Kompromiss über die Verlängerung einiger in den Jahren zuvor verabschiedeter expansiver Maßnahmen zu finden, sodass ein drastischer Konsolidierungsschock (Fiskalklippe) zu Beginn des Jahres 2013 ausbleibt. Trotzdem wird die Finanzpolitik in den USA aber noch einmal restriktiver ausgerichtet sein als im Jahr 2012. Deshalb wird die konjunkturelle Dynamik in den USA trotz der deutlichen Erholung des Immobiliensektors verhalten bleiben. Auch in Großbritannien und in Japan nimmt der Restriktionsgrad der Finanzpolitik zu, im Euroraum fällt er allerdings geringer aus als im Jahr 2012. Dort dürfte die Konjunktur auch nach und nach von der Stabilisierung der Erwartungen durch die Selbstverpflichtung der EZB, „im Notfall“ den Krisenstaaten beizustehen, profitieren. Die Euroraum-Rezession

dürfte im Sommer 2013 zu Ende gehen; ein Aufschwung findet aber auch danach nicht statt. Immerhin stützt die leichte Belebung der Wirtschaft in den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas die Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die Weltproduktion expandiert nach vorliegender Prognose im Jahr 2012 um 2,2%, im Jahr 2013 um 2,4% und im Jahr 2014 mit gut 3%.¹ (vgl. Kasten 1).

Kasten 1:

Weltwirtschaftliche Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der US-Dollar-Kurs des Euro liegt in den Jahren 2012 und 2013 bei 1,29.
- Die Europäische Zentralbank senkt den maßgeblichen Leitzins Anfang 2013 um einen viertel Prozentpunkt auf 0,5% und belässt ihn auf diesem Niveau bis zum Frühjahr 2014. Danach hebt sie den Leitzins schrittweise an. Ende 2014 liegt er bei 1,25%.
- Der Welthandel steigt im Jahr 2012 um 2½%, im Jahr 2013 um 4% und im Jahr 2014 um 6%.
- Der Ölpreis (Sorte Brent) liegt im vierten Quartal 2012 bei 110 US-Dollar, im Durchschnitt des Jahres 2013 bei 111,5 Dollar und im Durchschnitt des Jahres 2014 bei 113,5 Dollar.

Zu den Risiken

Trotz Eurokrise und Fiskalklippe in den USA scheinen die Finanzinvestoren die ökonomischen Risiken gegenwärtig vergleichsweise niedrig zu beurteilen. Viel beachtete Maße für die Unsicherheit über die künftige Entwicklung an den Aktienmärkten sind die Risikoindizes VIX (für die USA) und VSTOXX (für den Euroraum), die basierend auf Optionspreisen die erwartete Volatilität der Kurse widerspiegeln. Beide Indizes waren zu keiner

¹ Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2011 in US-Dollar gewichtet wurden. Sie ist nicht unmittelbar vergleichbar mit anderen Angaben für die Expansion der Weltwirtschaft, beispielsweise denen des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde legen und auch hier nicht berücksichtigte Länder einschließen. Vgl. etwa *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch, Herbst 2012*. Kiel 2012, 9.

Kasten 2:

Mögliche Auswirkungen der fiskalischen Klippe auf die deutsche Konjunktur

Der Wirtschaft der USA droht im Jahr 2013 ein dämpfender Impuls von knapp vier Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt, falls entsprechend der derzeitigen Gesetzeslage die in den Jahren zuvor beschlossenen expansiven Maßnahmen auslaufen. Der in der vorliegenden Prognose unterstellte Impuls von minus zwei Prozentpunkten entspricht der gegenwärtig verbreiteten Erwartung, dass es zur Jahreswende zu einer Verständigung zwischen dem Präsidenten und dem Kongress über die Verlängerung eines Teils der Maßnahmen kommen wird.

Alternativ zu diesem Basisszenario werden in diesem Kasten sowohl die Effekte eines vollständigen Aufschiebs als auch eines vollständigen Umsetzens der restriktiven fiskalischen Maßnahmen analysiert. Dabei wird der Fokus nicht nur auf die konjunkturellen Auswirkungen in den USA gelegt, sondern auch die jeweilige Bedeutung für die deutsche Konjunktur eingehender untersucht.^a

Die Prognosen für diese „Risikoszenarien“ werden aus einem makroökonomischen Modell für die internationale Konjunktur gewonnen. Das Modell hat in der kurzen Frist einen neukeynesianischen Charakter und einen neoklassischen Wachstumskern. Es basiert auf dem am IWH entwickelten Halle Economic Projection Model^b, das für den hiesigen Einsatzzweck in einer Reduzierte-Form-Variante mit klassischen ökonomischen Methoden geschätzt worden ist. In dem Modell sind die Länder Brasilien, Deutschland, Frankreich, Indien, Italien, Japan, Polen, Spanien und die USA enthalten. Damit werden etwa 50% des Welt-Bruttoinlandsproduktes abgebildet. Somit werden nicht nur direkte Effekte eines restriktiven fiskalischen Schocks in den USA auf die deutschen Exporte, sondern auch indirekte, über dritte Länder laufende Effekte abgebildet.

Für die beiden Risikoszenarien wird jeweils ein Impuls von null bzw. von vier Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt der USA unterstellt. In Deutschland ist dagegen die Finanzpolitik im Jahr 2013 in allen drei Szenarien annähernd neutral ausgerichtet.^c

Sollte im Jahr 2013 kein restriktiver fiskalischer Impuls die amerikanische Wirtschaft belasten (die expansiven Maßnahmen werden also vollständig verlängert), so wird das BIP in den USA nach dem Modell um 2,2% zulegen (vgl. Tabelle 1). Die Arbeitslosenquote würde dementsprechend um 0,2 Prozentpunkte geringer ausfallen

Tabelle 1:

Simulationsergebnisse des internationalen makroökonomischen Modells für die Konjunktur in den USA und in Deutschland im Jahr 2013

- Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in % bzw. Arbeitslosenquote in % (standardisiert, ILO-Konzept) -

	expansive fiskalische Maßnahmen werden vollständig verlängert	Basisszenario expansive fiskalische Maßnahmen werden häufig verlängert	expansive fiskalische Maßnahmen werden nicht verlängert
USA			
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,7	1,1
Industrieproduktion	2,6	1,9	1,2
Verbraucherpreise	2,1	2,0	1,8
Arbeitslosenquote	8,0	8,2	8,5
Deutschland			
Bruttoinlandsprodukt*	1,1	0,8	0,6
Industrieproduktion	2,2	1,7	1,3
Verbraucherpreise	1,8	1,8	1,7
Arbeitslosenquote	5,1	5,2	5,2

* Ohne Arbeitstageeffekt.

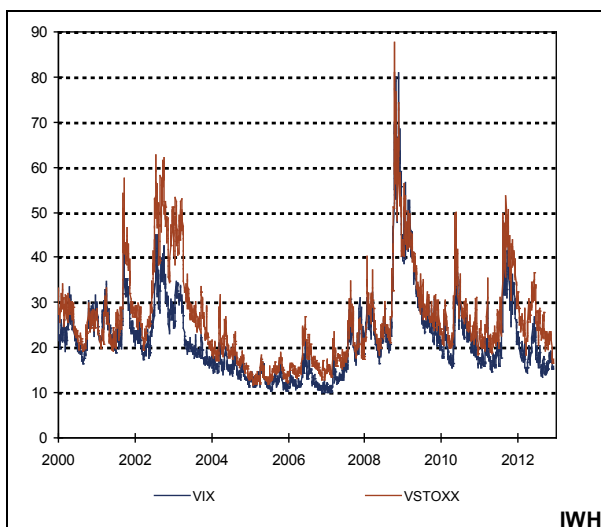
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; Eurostat; Prognosen des IWH.

Durch die stärkere Unterauslastung der amerikanischen Wirtschaft würde dann auch der Inflationsdruck nachlassen, sodass die Verbraucherpreise nur noch um 1,8% steigen würden. Die schwächere Dynamik in den USA hätte dann auch negative Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft, welche nur noch um 0,6% im Jahr 2013 expandieren würde.

^a Siehe hierzu auch: Gutachten des Sachverständigenrats vom November 2012. – ^b Siehe hierzu Giesen, S.; Holtemöller, O.; Scharff, J.; Scheufele, R.: The Halle Economic Projection Model, in: Economic Modelling, Vol. 29 (4), 2012, 1461-1472. – ^c Die Simulationsergebnisse des makroökonomischen Modells unterscheiden sich in einzelnen Größen leicht von der Prognose im Text.

Zeit nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 niedriger (vgl. Abbildung 1). Am Jahr 2008 zeigt sich aber auch, wie abrupt solche Einschätzungen revidiert werden können. Mit einer solchen Revision wäre für die nächsten Wochen zu rechnen, wenn es in den USA wider Erwarten nicht zu einem politischen Kompromiss über die Verlängerung einiger expansiver Maßnahmen der Finanzpolitik käme. Die dann automatisch in Kraft tretenden umfangreichen einnahmesteigernden und ausgabensenkenden Gesetzesänderungen würden die US-Wirtschaft wohl wieder in den Abschwung treiben und auch die Weltkonjunktur deutlich dämpfen (vgl. Kasten 2). Ein ebenfalls politisches Risiko für die vorliegende Prognose geht von der angespannten Sicherheitslage im Nahen und Mittleren Osten aus. Der Ausbruch größerer militärischer Konflikte würde den ohnehin schon recht hohen Ölpreis abrupt steigen lassen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in den Verbrauchsländern deutlich dämpfen.

Abbildung 1:
Maße für die implizite Volatilität auf den Aktienmärkten in den USA und im Euroraum

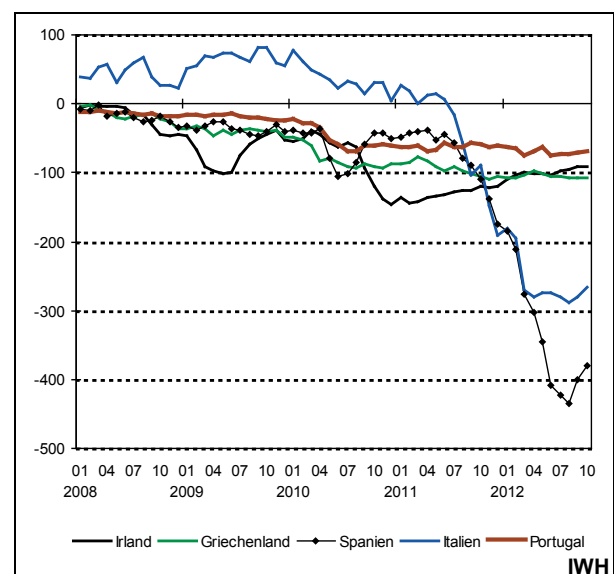


Quellen: Chicago Board Options Exchange; STOXX; Datastream; Darstellung des IWH.

Der wichtigste Risikofaktor für die Weltkonjunktur bleibt die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum und insbesondere die Möglichkeit, dass es auch im Verlauf des Jahres 2013 nicht zu der hier prognostizierten Stabilisierung der Nachfrage in den südeuropäischen Krisenländern kommt. Die Prognose einer allmählichen Besserung der Konjunktur vor allem in Spanien und Italien leitet sich zum einen aus dem etwas geringeren Restriktionsgrad der Finanzpolitik in den Ländern her.

Dies allein dürfte aber für eine Wende nicht ausreichen. Zum anderen geht die vorliegende Prognose davon aus, dass die durch die Maßnahmen der EZB bewirkte Stabilisierung des Finanzsektors in Südeuropa anhält; dazu dürfte auch die Rekapitalisierung spanischer Banken durch den Europäischen Rettungsfonds beitragen. Dies sollte im Jahr 2013 die Finanzierungsbedingungen auch der privaten Haushalte und nichtfinanziellen Unternehmen allmählich verbessern. Tatsächlich hat die Ankündigung der EZB, die Bewertung von Staatstiteln notfalls mit definitiven Offenmarkt-Geschäften zu stützen, die Renditen gegenüber ihren Höchstwerten vom Sommer um etwa eineinhalb Prozentpunkte fallen lassen. Die Risikozuschläge für südeuropäische Banktitel sind zwar immer noch hoch, aber ebenfalls deutlich gesunken. Vor allem scheint die Flucht ausländischer Investoren (etwa US-amerikanischer Geldmarktfonds) aus Anlagen bei spanischen und italienischen Finanzinstituten erst einmal gestoppt. Das Eurosystem hat seit Mai keine Löcher bei der Finanzierung des italienischen Bankensektors mehr zu stopfen, im September und im Oktober galt das auch für Spanien (vgl. Abbildung 2). Die Erwartungen auf den Finanzmärkten können sich aber rasch wieder eintrüben, denn Häuserpreise und Kreditvolumina werden in Südeuropa auch im Jahr 2013 weiter nachgeben, und die sozialen Belastungen des Reform- und Konsolidierungsprozesses

Abbildung 2:
Saldo der Vermögenspositionen nationaler Zentralbanken von Euroraum-Krisenstaaten gegenüber dem Eurosystem
- in Mrd. Euro -



Quellen: Institute of Empirical Economic Research (Universität Osnabrück); Darstellung des IWH.

werden zunächst noch weiter zunehmen. Ein deutlicher Wiederanstieg der Kapitalflucht aus Spanien und Italien hätte wohl negative Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen in den betroffenen Ländern. Er wäre auch nur durch die Bereitstellung von Zentralbankgeld durch das Eurosystem zu finanzieren. Würde die Finanzierung eine ähnliche Dimension wie im Jahr 2012 erreichen,² wäre wohl das Vertrauen nicht nur in die regionalen Reformprozesse, sondern in die Stabilität der Währungsunion insgesamt gefährdet.

Trotz fiskalischer Klippe Fortsetzung des verhaltenen Produktionsanstiegs in den USA

Nach recht kräftigen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012 dürfte die US-Konjunktur im letzten Quartal wieder deutlich an Dynamik verloren haben. In der Jahresbetrachtung bleibt mit einem Produktionszuwachs von 2,2% dennoch eine wirtschaftliche Erholung (vgl. Tabelle 2). Auch die Arbeitslosenquote ist erkennbar zurückgegangen. Die Produktionskapazitäten sind aber nach wie vor unterausgelastet; inflationärer Druck ist gegenwärtig nicht zu erkennen, und die Verbraucherpreise sind weiterhin stabil. Positiv entwickelte sich auch der Immobilienmarkt. Hier zeigen steigende Häuserpreise und höhere Ausgaben für Bauvorhaben eine robuste Erholung an.

Für den weiteren Verlauf der Konjunktur kommt der Finanzpolitik eine entscheidende Bedeutung zu. Sollten sich die Parteien im Kongress nicht bis Jahresende auf einen Kompromiss verständigen, werden am 1. Januar 2013 automatisch Steuererhöhungen und Kürzungen der Staatsausgaben in Höhe von bis zu 600 Mrd. US-Dollar in Kraft treten. Dieser restriktive fiskalische Impuls wird als *fiscal cliff* bezeichnet und entspricht ca. 4% des Bruttoinlandsprodukts. Bereits im Jahr 2012 hat sich die Unsicherheit bezüglich der Höhe der fiskalischen Kontraktion wohl negativ auf Investitionen und Beschäftigung ausgewirkt. Sollte keine Einigung erzielt werden, so wird die Produktion im ersten Quartal des Jahres 2013 schrumpfen. Die beteiligten Parteien dürften sich jedoch auf eine Verminderung der Kürzungen einigen, sodass ein

scharfer Einbruch der Konjunktur vermieden wird. Trotz der über die nächsten Jahre angestrebten Defizitreduzierung und den damit verbundenen negativen fiskalischen Impulsen dürfte sich die Konjunktur ab dem zweiten Quartal wieder erholen. Insbesondere wird der Abbau der Unsicherheit im Zuge einer politischen Einigung aufgeschobene Investitionen anregen und so die Wirtschaft stimulieren.

Tabelle 2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2012	2013	2014
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,7	2,7
privater Konsum	1,8	1,9	2,8
Staatskonsum und -investitionen	-1,4	-1,6	-1,2
private Bruttoanlageinvestitionen	8,1	4,6	7,3
inländische Verwendung	2,2	1,6	2,8
Exporte	3,6	4,2	6,2
Importe	2,9	3,2	6,3
Außenbeitrag ^a	0,0	0,1	-0,1
Verbraucherpreise	2,1	2,2	2,4
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Budgetsaldo ^b	-7,8	-4,9	-4,0
Leistungsbilanzsaldo	-3,2	-3,0	-3,0
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	8,2	8,0	7,6

^a Wachstumsbeitrag. – ^b Bundesstaat, Fiskaljahr.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH.

Die Verbraucherpreisinflation ist im Verlauf des Jahres 2012 um rund einen Prozentpunkt auf etwa 2% im Herbst gesunken. Inflationsgefahren zeichnen sich für die nächste Zeit nicht ab. Die US-Notenbank hat im Dezember 2012 angekündigt, dass sie den Leitzins so lange nahe null halten wird, wie ihre Inflationsprognose nicht höher als einen halben Prozentpunkt über ihrem langfristigen Inflationsziel von 2% liegt, die längerfristigen Inflationserwartungen fest verankert bleiben, und die Arbeitslosenquote höher als 6,5% ist. Darüber hinaus will sie das so genannte Quantitative Easing III, also die dritte Runde des Ankaufs von Vermögenstiteln, im Jahr 2013 mittels zusätzlicher Ankäufe von US-Staatstiteln mit längerer Fristigkeit noch ausweiten.

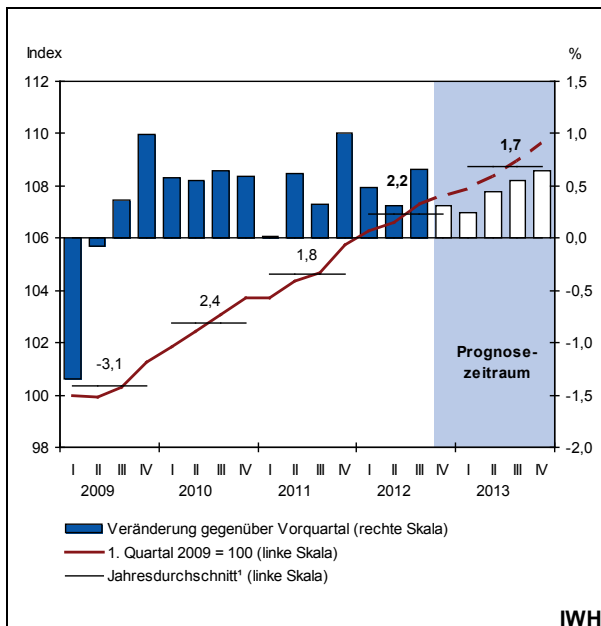
Die robuste Expansion des privaten Konsums wird wohl weiterhin eine Stütze der vorsichtigen wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2013 sein. Auch

² In den ersten drei Quartalen stiegen die Verbindlichkeiten der Zentralbanken Spaniens und Italiens gegenüber dem Eurosystem um 315 Mrd. Euro, das sind, relativ zu dem in diesem Zeitraum erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt des Euroraums, deutlich mehr als 4%.

die Nachfrage nach Investitionsgütern dürfte nach Auflösung der Unsicherheit über den finanzpolitischen Kurs wieder auf ihren Expansionspfad zurückkehren. Investitionen werden auch deshalb an Attraktivität gewinnen, weil die Exporte von der leichten wirtschaftlichen Erholung in wichtigen Absatzländern profitieren werden.

Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt 2013 um 1,7% zunehmen, nach 2,2% im Jahr 2012 (vgl. Abbildung 3). Entsprechend dem nur mäßigen Anstieg der Produktion dürfte die Arbeitslosenquote mit 8,0% im Schnitt des Jahres 2013 etwa so hoch sein wie Ende 2012. Da die Produktionskapazitäten weiterhin nicht voll ausgelastet sind, liegt die Teuerungsrate nahezu unverändert bei 2,2%. Im Jahr 2014 wird aufgrund des Wiederanziehens der Konjunktur ab dem Sommer 2013 die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts bei 2,7% liegen. Dadurch sinkt die Arbeitslosenquote auf 7,6%, und die Inflation steigt tendenziell leicht an. Bis zum Ende des Prognosezeitraums wird der Aufschwung allerdings von der restriktiven Finanzpolitik gedämpft.

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- saisonbereinigter Verlauf -



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

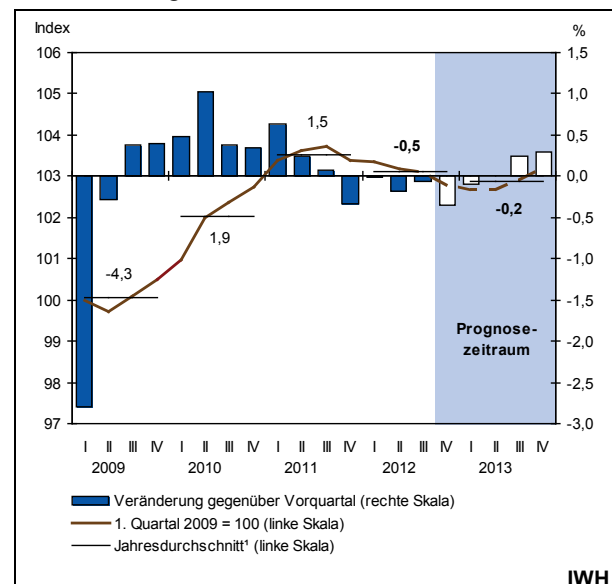
Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Europäische Union

Rezession treibt Anpassungsprozesse im Euro- raum voran

Im Euroraum schrumpft die gesamtwirtschaftliche Produktion nun schon seit einem Jahr. Im dritten Quartal 2012 fiel der Rückgang mit knapp 0,1% allerdings geringer aus als vielfach befürchtet (vgl. Abbildung 4). Das Bruttoinlandsprodukt in den großen Krisenländern Spanien und Italien ging langsamer zurück als zuvor (um 0,3% bzw. 0,2%), und in Frankreich legte es sogar leicht zu (um 0,2%).

Abbildung 4:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- saisonbereinigter Verlauf -



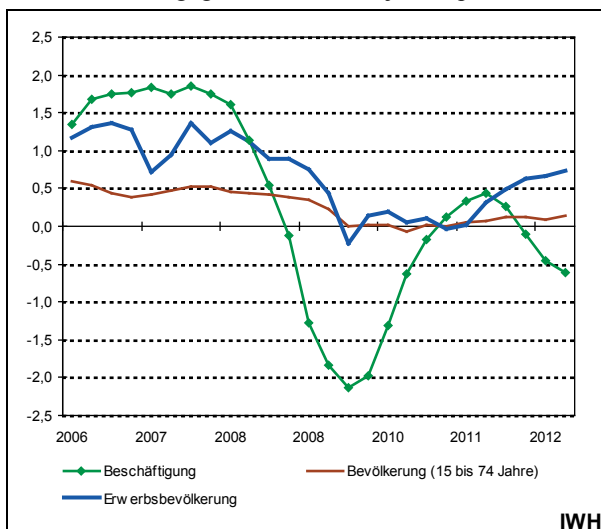
¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Was die einzelnen Nachfrageaggregate betrifft, haben sich schon länger währende Trends fortgesetzt: Aufgrund der Schwäche der Binnennachfrage legen die Exporte seit Sommer 2010 stärker zu als die Importe. Die Bruttoanlageinvestitionen sind seit Sommer 2011 rückläufig, der Verbrauch des Staates geht seit Anfang 2011 im Trend zurück; ebenso der Verbrauch der privaten Haushalte, der zuletzt aber nahezu stagnierte. Ursache für die Konsumschwäche sind die real gerechnet sinkenden verfügbaren Einkommen. In Reaktion darauf sparen die Haushalte weniger: Ihre Sparquote ist im ersten Halbjahr 2012 das erste Mal seit Gründung der Währungsunion unter 13% gefallen. Dass die verfügbaren Einkommen im Gesamtjahr real deutlich

sinken, liegt auch an dem recht kräftigen Anstieg der Verbraucherpreise. Sie lagen im Jahr 2012 um 2½% höher als 2011, nicht zuletzt wegen teurerer Energie und der Erhöhung der indirekten Steuerbelastung im Zuge der Konsolidierung. Die verfügbaren Nominaleinkommen wurden vielfach durch Erhöhungen der direkten Steuern geschmälert. Auch stiegen die Verdienste vor Steuern nur wenig, vor allem, weil die Summe der geleisteten Arbeitsstunden schon seit Sommer 2011 sinkt. Seit dieser Zeit steigt auch die Arbeitslosigkeit, von etwa 10% auf 11,7% im Oktober 2012. Es ist bemerkenswert, dass seit dieser Zeit auch die Partizipationsquote steigt (vgl. Abbildung 5). Sinkende Haushaltseinkommen haben wohl viele Menschen, die bisher keiner Erwerbsarbeit nachgehen wollten, zum Eintritt in den Arbeitsmarkt bewegt. Auch hat der Übergang in den Ruhestand durch Reformen der Pensionssysteme in einigen Krisenländern, etwa in Italien, an Attraktivität verloren.

Abbildung 5:
Bevölkerung, Erwerbsbevölkerung und Beschäftigung im Euroraum
- Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahresquartal -



Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ein weiterer Effekt der Rezession ist der rasche Rückgang der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte aufgrund des Rückgangs der heimischen Nachfrage in den Krisenländern. Von diesen wies im zweiten Quartal 2012 nur noch Griechenland ein saisonbereinigtes Defizit der Handels- und Dienstleistungsbilanz auf. Werden zu dieser Größe die Einkommensströme und laufenden Übertragungen hinzugenommen, ergeben sich die Leistungsbilanzsalden. Sie betrugen im zweiten Quartal 2012

für Italien saisonbereinigt nur etwa -½% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, für Spanien etwa -2%. Beide Länder dürften schon im Winterhalbjahr 2012/2013 keine saisonbereinigten Defizite mehr aufweisen, aber die Gründe dafür sind nicht identisch: Während in beiden Ländern die Importnachfrage stark rückläufig ist, hilft in Spanien zusätzlich die im Trend recht hohe Dynamik der Exporte.

Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum

Die Geldpolitik im Euroraum ist weiterhin expansiv ausgerichtet. So wurde im Juli 2012 der maßgebliche Leitzins der EZB um 0,25 Prozentpunkte auf 0,75% gesenkt. Zudem weitete die EZB ihre außergewöhnlichen Maßnahmen aus. Im September reagierte die EZB mit der Ankündigung eines neuen Instruments zum Aufkauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt auf die Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise. Die anhaltend trüben konjunkturellen Aussichten für den Euroraum werden dazu führen, dass die EZB zu Beginn des Jahres 2013 den Leitzins erneut, um 0,25 Prozentpunkte, senken wird. Im Zuge der konjunkturellen Erholung ab dem zweiten Halbjahr 2013 und allmählich ansteigenden Preisdrucks wird der Leitzins im Jahr 2014 langsam wieder erhöht und beträgt in der vorliegenden Prognose am Ende des Jahres 2014 1,25%.

Die Leitzinssenkung im Juli 2012 wirkte sich unmittelbar auf die Geldmärkte aus. Seit dieser Zeit liegen die Zinsen für besichertes Geld am Interbankenmarkt (EUREPO) praktisch bei null. Auch die Zinsen für unbesicherte Geldmarktgeschäfte (EONIA und EURIBOR) fielen. Dadurch verringerte sich der Zinsabstand zwischen besicherten und unbesicherten Geldmarktkrediten deutlich. So gingen etwa die Risikoaufschläge für unbesichertes Dreimonatsgeld von 1,2 Prozentpunkten auf 0,2 Prozentpunkte zurück. Der Rückgang der Risikoaufschläge kann zum Teil auf eine leichte Entspannung an den Interbankenmärkten zurückgeführt werden, die sich in zeitlichem Einklang mit den Beschlüssen der EZB zum Aufkauf von Staatsanleihen ergab. Sollte sich die Entspannung weiter fortsetzen, so ist auch wieder mit einer Annäherung der Geldmarktsätze an den Leitzins zu rechnen, die sich in leicht steigenden Zinssätzen für besicherte Geldmarktkredite ausdrücken würde. Im Jahr 2014 wird dann auch der steigende Leitzins eine erhöhende Wirkung auf die Geldmarktsätze entfalten.

Auch die Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte sind im Jahresverlauf 2012 weiter gesunken. Dennoch stiegen die Ausleihungen an private Haushalte kaum mehr, und die an nichtfinanzielle Unternehmen sanken sogar. Eine Befragung der Banken im Euroraum (Bank Lending Survey) ergab, dass dafür auch eine geringere Nachfrage von Unternehmen und Haushalten nach Krediten verantwortlich sein dürfte. Zudem verschärfen sich derzeit die Kreditbedingungen, vor allem für Unternehmen, was sowohl auf die schwachen Konjunkturaussichten als auch auf verschärfte Regulierung zurückzuführen sein dürfte. Die Banken rechnen mit sich weiter verschärfenden Kreditbedingungen und weiter sinkender Nachfrage nach Krediten. Damit dürfen im Jahr 2013 die Kreditvolumen trotz weiterhin sehr niedriger Zinsen zurückgehen. Im Jahr 2014 werden Kreditvolumen und Zinsen wieder leicht ansteigen.

Die Lage an den Kapitalmärkten hat sich im Verlauf des Jahres 2012 merklich entspannt. Die Umlaufrenditen von Staatsanleihen gingen deutlich stärker zurück als die Leitzinsen. Das gilt sowohl für AAA-bewertete Staatsanleihen, als auch für die Staatsanleihen der Krisenländer. Auch die Umlaufrenditen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften unterschiedlicher Bonität gingen stark zurück und markierten neue Tiefststände. Gegenwärtig zeichnet sich jedoch eine Bodenbildung ab, was nicht ausschließt, dass mit der weiterhin expansiven Geldpolitik die Umlaufrenditen im Jahr 2013 nochmals sinken. Im Zuge einer Entspannung der Schulden- und Vertrauenskrisen könnte sich jedoch insofern eine Normalisierung einstellen, als die zunehmende Sicherheit über den Fortbestand der Währungsunion zu einem leichten Anstieg der Renditen bei sicheren Anleihen führt. Im Jahr 2014 werden auch aus diesem Grund die Umlaufrenditen leicht steigen.

Der Wechselkurs des Euro zeigte sich im Jahr 2012 relativ stabil und liegt zum Ende des Jahres wieder in etwa bei den Werten vom Anfang des Jahres. Für die Jahre 2013 und 2014 wird von einem konstanten Euro-US-Dollar-Kurs ausgegangen.

Euroraum-Konjunktur stabilisiert sich im Lauf des Jahres 2013

Im Jahr 2013 werden die finanzpolitischen Konsolidierungsbemühungen in den meisten Ländern des Euroraums fortgesetzt. Der negative finanzpolitische Impuls dürfte mit etwa 1% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nicht ganz so groß ausfallen

wie im Jahr 2012, als er etwa 1½% betrug. Ein moderat positiver Impuls ist vom Außenhandel zu erwarten: Zwar ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nach der Aufwertung des Euro im Herbst nicht viel höher als zu Beginn des Jahres, unabhängig davon wird aber die moderate weltwirtschaftliche Belebung die Absatzchancen von Produzenten aus dem Euroraum verbessern. Auch dürften private Haushalte und Unternehmen mit dem Fortschreiten des Konsolidierungs- und Reformprozesses langsam wieder mehr Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft des Euroraums fassen. Eine rasche Besserung wird sich aber nicht einstellen. Im September ist die Industrieproduktion im Euroraum erst einmal wieder zurückgegangen, und die Vertrauensindikatoren signalisieren auch für die „Kernländer“ wie Deutschland und die Niederlande, dass der Abschwung im Winterhalbjahr noch weitergehen wird (vgl. Tabelle 4). Erst im Sommer wird die Rezession im Euroraum wohl auslaufen, ein kräftiger Aufschwung wird sich aber auch im Jahr 2014 noch nicht einstellen, denn auch dann wirkt die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen noch deutlich restriktiv. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2012 um 0,5% und im Jahr darauf um 0,2% zurückgehen,

Tabelle 3:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum
- in % -

	2012	2013	2014
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
reales Bruttoinlandsprodukt	-0,5	-0,2	1,1
privater Konsum	-1,1	-0,3	0,9
öffentlicher Konsum	-0,2	-0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-3,8	-1,6	2,7
inländische Verwendung	-2,0	-0,7	1,0
Exporte ^a	3,0	3,2	5,0
Importe ^a	-0,4	1,9	4,7
Außenbeitrag ^b	1,5	0,5	0,2
Verbraucherpreise ^c	2,5	1,8	1,4
Lohnstückkosten ^d	1,3	1,0	0,9
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Budgetsaldo ^e	-3,3	-2,7	-2,5
Leistungsbilanzsaldo	0,9	1,3	1,4
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^f	11,4	12,0	12,1

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Wachstumsbeitrag. – ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^d Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^e Gesamtstaatlich. – ^f Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Prognose des IWH.

Tabelle 4:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euroraum
- 2012 bis 2014 -

	Bruttoinlandsprodukt ^a			Verbraucherpreise ^b			Arbeitslosenquote ^c		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Deutschland	0,8	0,7	1,5	2,1	2,1	1,9	5,5	5,8	5,7
Frankreich	0,1	0,0	0,9	2,2	1,6	1,5	10,4	10,6	10,7
Italien	−2,0	−1,1	0,5	3,3	1,8	1,0	10,6	11,4	11,7
Spanien	−1,3	−1,3	0,7	2,4	1,9	0,8	25,1	26,9	26,9
Niederlande	−0,8	0,3	1,2	2,8	2,1	1,5	5,3	5,8	5,8
Belgien	−0,2	0,4	1,4	2,5	1,7	1,7	7,4	7,5	7,5
Österreich	0,5	0,9	1,4	2,3	1,9	1,9	4,3	4,7	4,7
Griechenland	−6,0	−4,0	0,5	1,0	−0,7	−0,8	24,3	27,0	27,2
Finnland	0,3	0,7	1,3	2,9	2,3	2,3	7,7	8,0	7,8
Portugal	−3,0	−1,5	0,7	2,9	1,1	1,1	15,7	16,7	16,6
Irland	0,2	1,0	2,0	1,9	1,1	1,2	14,9	14,7	14,6
Slowakei	2,5	2,2	3,0	3,7	1,8	1,9	13,9	13,9	13,2
Luxemburg	1,0	1,0	2,0	2,8	2,0	2,1	5,0	5,5	5,5
Slowenien	−2,2	−1,5	1,0	2,7	1,7	1,7	8,4	9,7	9,8
Zypern	−2,5	−1,5	−0,5	3,4	1,8	2,0	11,7	13,0	13,9
Estland	3,0	3,5	3,8	4,2	3,4	3,2	10,1	9,1	8,7
Malta	1,0	1,5	2,0	3,0	2,2	2,2	6,4	6,4	6,2
Euroraum ohne Deutschland	−0,9	−0,5	0,9	2,6	1,6	1,2	13,5	14,4	14,3
Euroraum	−0,5	−0,2	1,1	2,5	1,8	1,4	11,4	12,1	12,0

^a Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert.

Quelle: Prognose des IWH.

um im Jahr 2014 sehr moderat (mit 1,1%) zuzulegen (vgl. Tabelle 3). Die Verbraucherpreise steigen im Jahr 2013 mit 1,8% deutlich langsamer als 2012. Die Arbeitslosigkeit nimmt noch weiter zu, auf 12,1% im Jahresdurchschnitt 2014.

Schwache Produktivitätsentwicklung in Großbritannien

Im dritten Quartal 2012 legte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Großbritannien mit 1% recht kräftig zu, nachdem sie die drei Quartale zuvor stetig gefallen war. Der Anstieg geht vor allem auf temporäre Faktoren zurück: War das Bruttoinlandsprodukt aufgrund der Feierlichkeiten zum sechzigsten Thronjubiläum der Königin im Juni gedrückt worden, erhielt es durch die Olympischen Spiele in London im Juli und August einen kurzlebigen Impuls. Die Wirtschaft ist aber nach wie vor in keiner guten Verfassung. Seit Sommer 2011 stagnieren die Exporte in etwa, nicht zuletzt wegen der Rezession im Euroraum. Die Binnennachfrage

ist schwach, weil die recht hoch verschuldeten privaten Haushalte und Unternehmen um die Verbesserung ihrer Vermögensposition bemüht sind und der Staat versucht, sein hohes Defizit (von etwa 6½% im Jahr 2012) zurückzuführen. Trotz der schwachen Konjunktur und obwohl der Effekt der Mehrwertsteuererhöhung vom Anfang des Jahres 2011 ausgelaufen ist, hält sich die Inflationsrate mit 2,7% im Oktober deutlich über dem 2%-Zielwert der Bank von England. Die Zentralbank schließt daraus, dass die gesamtwirtschaftliche Unterauslastung nicht allzu groß sein kann. Schwach ist auch die Produktivitätsentwicklung: Während die Beschäftigung aktuell wieder etwas höher ist als vor Ausbruch der Krise im Jahr 2008, liegt das Bruttoinlandsprodukt immer noch etwa 3% unter seinem damaligen Maximalwert. Ein Teil der Erklärung dafür ist wohl, dass die Produktion des in Großbritannien besonders wichtigen Finanzsektors vor Ausbruch der Krise erheblich überzeichnet war.

Die Bank von England versucht seit dem vergangenen Sommer, mit dem „Funding for Lending“-

Programm den Banken einen Zinsanreiz dafür zu geben, die nach wie vor stagnierende Kreditvergabe wieder auszuweiten. Die Notenbank wird ihre expansive Ausrichtung weiter aufrecht erhalten, obwohl die Verbraucherpreisinflation auch im Schnitt des Jahres 2013 mit 2,2% über der 2%-Marke liegen dürfte. Die Finanzpolitik wird dagegen im (mit dem April beginnenden) Fiskaljahr 2013 ihren Restriktionsgrad noch einmal verschärfen. Eine Stütze dürfte die Konjunktur aber im Außenhandel finden, denn die Weltkonjunktur zieht im Lauf des Jahres wohl etwas an. Alles in allem ist mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 1,1% im Jahr 2013 zu rechnen, nach Stagnation im Jahr 2012. Im Jahr 2014 dürfte die Produktion um knapp 1½% zulegen.

Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Ländern durch Krise im Euroraum gedämpft

Vor dem Hintergrund einer schwachen weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der anhaltenden Krise im Euroraum, flachte der Konjunkturverlauf in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Jahr 2012 deutlich ab. Aufgrund der geringeren Außenhandelsumsätze wurde die Konjunktur auch in den Ländern mit einer bis dahin recht dynamischen wirtschaftlichen Expansion abgebremst, also etwa in Polen, der Slowakei und den baltischen Ländern. In Bulgarien und Rumänien kam das Wachstum nahezu zum Stillstand, in Ungarn, Slowenien und der Tschechischen Republik ging es zurück. Neben der schwachen außenwirtschaftlichen Nachfrage blieben nun vielerorts auch die Impulse von der Binnennachfrage aus. Hier machten sich niedrigere reale Einkommenszuwächse, pessimistischere Erwartungen bei Haushalten und Unternehmen, sowie der restriktive finanzpolitische Kurs bemerkbar.

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist vielerorts voran gekommen, aufgrund der schwachen Konjunktur, insbesondere der niedrigeren Steuereinnahmen, fällt der Defizitabbau aber teilweise bescheidener aus als geplant oder er blieb ganz aus. Die seit längerer Zeit bestehenden übermäßigen Haushaltsdefizite in Polen und Ungarn konnten jedoch im Jahr 2012 voraussichtlich weiter zurückgeführt werden.

Die Inflation ist nach einer Beruhigung zu Beginn des Jahres in den letzten Monaten vielfach wieder gestiegen, wofür die Anhebung regulierter Preise und Verbrauchsteuern, Lebensmittelpreissteigerungen sowie die Volatilität des Ölpreises ver-

antwortlich sind. Die Geldpolitik ist angesichts der konjunkturellen Abschwächung vielerorts gelockert worden. Eine Ausnahme bildete vorübergehend Ungarn, wo die Notenbankzinsen in den Jahren 2011 und 2012 um insgesamt 125 Basispunkte auf 7% – den höchsten Satz in der Region – gestiegen waren. Im Herbst 2012 wurden aber auch sie wieder gesenkt (auf 6% im Dezember). Auf den Arbeitsmärkten zeichnet sich keine weitere Entspannung ab, die Arbeitslosenquoten liegen nach wie vor meist im zweistelligen Bereich. Auch vor diesem Hintergrund wird sich der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts der Region im Jahr 2012 mit etwa 1,1% im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbieren.

Die Konjunktur wird sich in den kommenden zwei Jahren nur nach und nach in dem Maße verbessern, wie sich die weltwirtschaftliche Lage und insbesondere die im Euroraum als dem wichtigsten Absatzmarkt der Region verbessert. Allerdings werden die verbreiteten Konsolidierungsanstrengungen der Regierungen fortgesetzt werden und die Binnennachfrage weiter dämpfen. Alles in allem wird die wirtschaftliche Dynamik im Prognosezeitraum mit rund 1,7% im Jahr 2013 bzw. 2,8% im Jahr 2014 nur allmählich an Fahrt gewinnen.

Deutsche Konjunktur

Konjunktur in Deutschland erreicht im Winter ihren Tiefpunkt

In Deutschland hat sich die wirtschaftliche Lage im Jahr 2012 nach und nach immer weiter verschlechtert. Die Zuversicht von Unternehmen und Haushalten sank stetig bis in den Spätherbst hinein. Die Binnennachfrage schrumpft nun schon seit einem Jahr, obwohl der Beschäftigungsstand hoch ist, die monetären Rahmenbedingungen günstig sind und die deutsche Finanzpolitik im Jahr 2012 sich einen im internationalen Vergleich nur mäßig restriktiven Kurs erlauben konnte. Zwar haben recht kräftige Lohnzuwächse dafür gesorgt, dass die privaten Haushalte ihren Konsum im Sommerhalbjahr moderat ausweiteten. Die Unternehmen nahmen aber das ganze Jahr über ihre Investitionen in Ausrüstungen und Läger zurück. Zuletzt haben sie auch kaum noch Beschäftigung aufgebaut.

Der Hauptgrund für das zunehmend vorsichtigere Ausgabeverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten sind sicher die Sorgen um die Eurokrise und die Rezession in vielen europäischen Nachbarländern. Skepsis gegenüber der au-

Tabelle 5:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a
- Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal -

	2011				2012				2013			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,7	-0,5	1,3	-0,3	0,0	0,1	0,3	-0,1	0,1	0,1	0,3	0,3
öffentlicher Konsum	0,1	0,6	0,2	0,5	0,4	-0,2	0,4	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3
Ausrüstungen	0,9	1,1	1,6	-0,3	-0,9	-4,0	-2,0	-2,3	-0,7	0,0	1,8	1,8
Bauten	7,2	-0,4	-0,7	1,4	-0,7	-1,1	1,5	-0,1	0,6	0,6	0,7	0,7
sonstige Anlagen	0,9	0,2	1,6	2,0	-1,0	1,1	1,3	0,7	0,9	1,0	1,1	1,2
Vorratsinvestitionen ^b	-0,2	1,3	-0,8	-0,1	0,0	0,0	-0,3	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
inländische Verwendung	0,9	1,2	0,1	-0,1	-0,2	-0,4	0,0	-0,2	0,2	0,2	0,5	0,6
Außenbeitrag ^b	0,3	-0,7	0,3	0,0	0,7	0,7	0,3	0,0	0,1	0,1	-0,1	-0,1
Exporte	2,7	0,5	2,1	-0,5	0,7	3,3	1,4	0,3	0,6	1,0	1,2	1,4
Importe	2,3	2,2	1,7	-0,4	-0,7	2,2	1,0	0,3	0,5	0,8	1,6	1,7
Bruttoinlandsprodukt	1,2	0,5	0,4	-0,1	0,5	0,3	0,2	-0,2	0,2	0,3	0,4	0,5

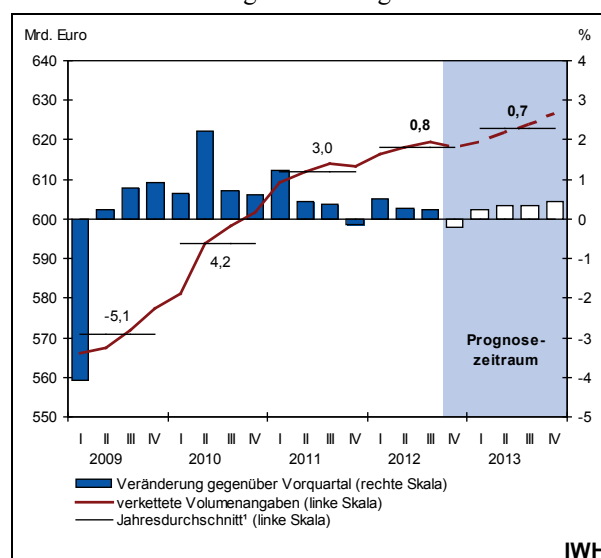
^a Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsproduktes in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Benwirtschaftlichen Entwicklung wurde auch durch die Auftragseingänge aus dem Ausland genährt, die schon seit Mitte 2011 im Trend nur noch stagnieren. Diese Sorgen erklären auch neben den sehr günstigen Finanzierungsbedingungen die recht schwungvolle Wohnungsbaukonjunktur, denn deutsche Immobilien werden verbreitet als sichere Wertanlage angesehen.

Trotzdem schien die deutsche Konjunktur bis zum Herbst 2012 der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum gut widerstehen zu können. Die Produktion wurde bis in den Herbst hinein deutlich ausgeweitet, und das ausgerechnet dank einer lebhaften Exportkonjunktur. Obwohl die Weltwirtschaft als Ganzes im Jahr 2012 schwächelte, haben hohe Zuwächse der Ausfuhren vor allem in Länder außerhalb Europas den Rückgang der Nachfrage aus dem übrigen Euroraum mehr als ausgleichen können. Allerdings hat die Auslandsnachfrage im September und Oktober an Schwung verloren, und die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist in der Zeit sehr deutlich zurückgegangen. Auch die privaten Käufe und der Wohnungsbau scheinen im Herbst zu schwächeln, wie die zuletzt berichteten Einzelhandelsumsätze und die Bauproduktion signalisieren. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Quartal um 0,2% sinken (vgl. Abbildung 6 und Tabelle 5), sodass sich im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 0,8% ergibt (arbeitstäglich bereinigt um 1%, vgl. Tabelle 6).

Abbildung 6:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Allerdings zeigen sich am Jahresende Anzeichen dafür, dass sich die deutsche Konjunktur im ersten Halbjahr 2013 wieder etwas beschleunigen dürfte. Die Geschäftsaussichten und die aktuellen Auftragseingänge der Industrie, die produktionsseitig in das Jahr 2013 reichen, sind wieder gestiegen, vor allem dank wieder zunehmender Bestellungen aus dem Ausland. Die Produktionsdynamik

bleibt im ersten Halbjahr 2013 insgesamt aber noch schwach, da sich die Weltkonjunktur nur allmählich kräftigt und die inländische Nachfrage noch von der Investitionszurückhaltung der Unternehmen belastet wird.

Tabelle 6:

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
- in % bzw. Prozentpunkten -

	2012	2013	2014
statistischer Überhang ^a	0,2	0,0	0,6
Jahresverlaufsrate ^b	0,8	1,4	1,5
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,0	0,8	1,5
Kalendereffekt ^c	-0,2	-0,1	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	0,8	0,7	1,5

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Im späteren Verlauf von 2013 und bis in das Jahr 2014 hinein dürfte sich, sofern die Eindämmung der Schuldenkrise im Euroraum gelingt, die konjunkturelle Lage deutlicher aufhellen; dann dürften auch wieder Zuwachsraten in Höhe des Potenzialwachstums möglich werden. Die Impulse kommen dabei zunächst zu gleichen Teilen vom Außenhandel und von der inländischen Nachfrage, wobei der Konsum und die Baunachfrage treibend wirken (vgl. Tabelle 7). Die Ausrüstungsinvestitionen dürften erst im späteren Verlauf des Jahres 2013 wieder anziehen, wenn die Investoren das Vertrauen in die zukünftige Entwicklung zurückgewonnen haben. Einen positiven Wachstumsbeitrag leisten sie allerdings erst im Jahr 2014. Mit der insgesamt erstarrenden inländischen Nachfrage legen auch die Importe wieder stärker zu, sodass der Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Produktion wohl dämpfen wird, wenngleich nur schwach. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2013 mit 0,7% nochmals eher mäßig zunehmen, sich aber im Jahr 2014 mit 1,5% erneut beschleunigen. Folglich sind die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahr 2013 unterausgelastet (vgl. Abbildung 7); im Verlauf des Jahres 2014 schließt sich die Produktionslücke. Die Beschäftigung wird angesichts der schwachen Produk-

tionsentwicklung im Jahr 2013 in etwa stagnieren und erst im Jahr darauf mit 0,2% leicht steigen. Die Verbraucherpreisinflation verharrt im Jahr 2013 bei 2% wie im Jahr 2012 und wird im Jahr 2014 mit 1,8% etwas darunter liegen.

Tabelle 7:

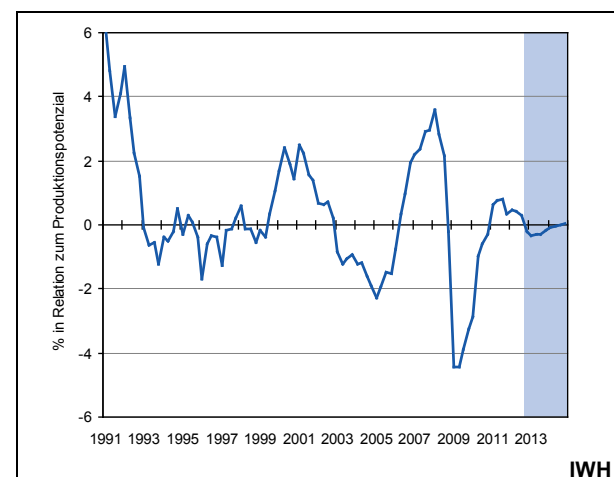
Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsproduktes
- in Prozentpunkten -

	2012	2013	2014
Konsumausgaben	0,5	0,5	0,9
private Konsumausgaben	0,3	0,2	0,7
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	0,0	0,6
Ausrüstungen	-0,4	-0,2	0,3
Bauten	-0,1	0,2	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1
Vorratsveränderung	-0,4	-0,1	0,1
inländische Verwendung	-0,4	0,4	1,6
Außenbeitrag	1,1	0,3	-0,1
Exporte	2,1	2,0	3,0
Importe	-1,0	-1,7	-3,1
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,7	1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Abbildung 7:

Produktionslücke in Deutschland

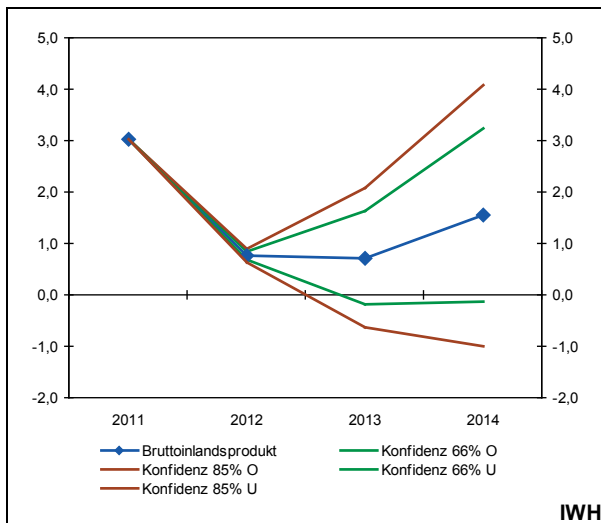


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Die Prognoseunsicherheit ist allerdings recht groß. Für das Jahr 2013 reicht das 66%-Prognoseintervall für die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von -0,2% bis 1,6% und für das Jahr

2014 von $-0,1\%$ bis $3,2\%$ (vgl. Abbildung 8).³ Dieses Intervall bezieht die mit dem Basiszenario, dessen Rahmenbedingungen im nächsten Absatz beschrieben werden, verbundene Prognoseunsicherheit; es beinhaltet keine Extremrisiken (zum Beispiel eine erhebliche Verschärfung der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum, vgl. dazu Abschnitt „Zu den Risiken“).

Abbildung 8:
Prognoseunsicherheit¹
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

In Ostdeutschland wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wohl erheblich verhaltener als in Deutschland insgesamt verlaufen. Dämpfend wirken weiterhin die rückläufige Einwohnerzahl und die Ausrichtung der Produktion in Ostdeutschland auf Standardprodukte und Regionen in Euroraum.⁴ So erhält die Industrie seit geraumer Zeit deutlich weniger Aufträge, und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte belastet die Bereitstellung

an staatlich finanzierten Dienstleistungen. Das Baugewerbe und der Handel stemmen sich zwar der Abwärtstendenz entgegen, ein Abrutschen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in den Minusbereich scheint hier im Jahr 2012 aber wahrscheinlich.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Die im Jahr 2012 noch einmal expansiver ausgerichtete Geldpolitik der EZB verbesserte die monetären Bedingungen in Deutschland. Aufgrund der Divergenzen im europäischen Bankensystem können sich deutsche Banken weiterhin zu besseren Konditionen am Interbankenmarkt finanzieren als bei der EZB, auch wenn sich die Differenz aufgrund des Erreichens der Null-Grenze bei Interbankenmarktzinsen und gesunkenem Leitzins verringerte. So sind die Kreditzinsen für private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen im Jahresverlauf 2012 weiter gesunken. Allerdings haben sich die Kreditrichtlinien (insbesondere Beleihungsquoten) für Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte zuletzt verschärft und werden sich laut Bank Lending Survey weiter verschärfen. Während die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten weiterhin deutlich zunehmen dürfte, erwarten die Banken zum ersten Mal nach drei Jahren wieder einen Rückgang der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Die Umlaufrenditen am Kapitalmarkt sind nach einem Rückgang in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2012 stabil auf historisch niedrigem Niveau. Der reale effektive Wechselkurs für Deutschland sank in der ersten Jahreshälfte und legte dann wieder leicht zu, sodass die deutsche Volkswirtschaft am Ende des Jahres 2012 preislich etwas wettbewerbsfähiger ist als zu Beginn des Jahres. Angesichts der sich verschärfenden Kreditrichtlinien, aber weiter sinkender Leitzinsen, werden sich die Finanzierungsbedingungen insgesamt im Jahr 2013 in Deutschland wenig ändern, wobei der Kapitalmarkt gegenüber der Kreditfinanzierung für Unternehmen an Bedeutung gewinnen dürfte, da sich hier die Leitzinssenkung auswirken dürfte und die Kapitalmärkte nicht von den zusätzlichen Restriktionen bei der Kreditvergabe durch Banken betroffen sind. Im Jahr 2014 werden die Finanzierungsbedingungen etwas restriktiver, da sich dann sowohl Leitzinserhöhungen und verschärfte Regulierung auswirken.

Nach einer im Jahr 2012 nochmals restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik wird die Haushaltskonsolidierung im Jahr 2013 zunächst nicht weiter fortgeführt und die Finanzpolitik schwenkt auf einen

³ Das 66%-Prognoseintervall überlagert die Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – sofern das Basiszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute (ifo, IfW, IWH, RWI) aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

⁴ Vgl. Ludwig, U.; Brautzsch, H.-U.; Loose, B.; Exß, F.: Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2012: Im Sog der allgemeinen Abkühlung der Konjunktur, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 18 (8-9), 2012, 268 f.

Tabelle 8:

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen^a

- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber 2011 -

	2012	2013	2014
Alterseinkünftegesetz	-0,8	-1,7	-2,3
Steuervereinfachungsgesetz 2011	-0,8	-0,6	-0,6
Rücknahme der Kürzung des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte	-0,5	-0,5	-0,5
Einführung eines Betreuungsgeldes		-0,1	-0,5
Änderungen bei der Kfz-Steuer	-0,1	-0,3	-0,2
Erhöhung der Tabaksteuer	0,3	0,5	0,6
Einführung einer Kernbrennstoffsteuer	0,6	0,4	0,4
Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld	0,2	0,2	0,2
Lkw-Maut auf Bundesstraßen		0,1	0,1
Auslaufen der degressiven Abschreibung aus dem Konjunkturpaket	1,8	4,0	4,0
ältere Maßnahmen ^b	1,8	2,5	2,5
Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt	1,7	2,0	2,0
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	1,0	1,6	1,6
diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,5	1,0	1,5
Eingriffe in die Rentenformel	3,7	5,8	6,0
Erhöhung des gesetzlichen Beitragssatzes zur Krankenversicherung zum 01.01.2011 von 14,9% auf 15,5%	0,2	0,3	0,4
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2012 um 0,3 Prozentpunkte auf 19,6%	-2,7	-2,8	-2,9
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 um 0,7 Prozentpunkte auf 18,9%		-6,8	-6,9
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05%		1,1	1,2
Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro		-0,3	-0,3
Versorgungsstrukturgesetz	-0,2	-0,3	-0,3
Neuausrichtung der Pflegeversicherung		-1,0	-1,2
Abschaffung der Praxisgebühr		-1,9	-1,9
Umsetzung von EuGH-Urteilen zur Dividendenbesteuerung		-1,5	-1,5
Wegfall von Investitionsimpulsen aus den Konjunkturpaketen	8,0	8,0	8,0
insgesamt^c	14,7	9,9	9,4
<i>nachrichtlich:</i> ^d			
Gesetz zum Abbau der kalten Progression		-1,9	-5,7
Jahressteuergesetz 2013		-0,2	-0,2
Vereinfachung Unternehmensbesteuerung und steuerliches Reisekostenrecht		-0,2	-0,3
Lebensleistungsrente		-0,1	-0,3

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und EUW-Mitgliedstaaten. –^b Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage, Aufschiebung des Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlösses, Jahressteuergesetz 2010. – ^c Differenzen durch Rundungsfehler. – ^d Die unter „nachrichtlich“ ausgewiesenen Positionen gehen nicht in die Prognose der öffentlichen Finanzen ein.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

leicht expansiven Kurs ein (vgl. Tabelle 8). Belastungen ergeben sich für die öffentlichen Haushalte insbesondere aus der Absenkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung, der Leistungsausweitung für Demenzzranke im Rahmen der Neuausrichtung der Pflegeversicherung sowie durch die Abschaffung der Praxisgebühr. Der expansive fiskalische Impuls beläuft sich nach dieser Prognose auf 0,2% in Re-

lation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2014 wird die Finanzpolitik bei gegebener Gesetzeslage konjunkturalneutral ausgerichtet sein. Würden bis dahin jedoch, anders als in dieser Prognose unterstellt, die in der Tabelle nachrichtlich genannten weiteren Gesetzesvorhaben zur Entlastung von Unternehmen und privaten Haushalten umgesetzt, etwa das Gesetz zum Abbau der kalten Progression, ergäbe sich

im Jahr 2014 nochmals ein leicht expansiver finanzpolitischer Impuls. Dieser belief sich auf 0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Beschäftigungsaufbau vorerst ausgelaufen

Die konjunkturelle Abschwächung macht sich mittlerweile auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im dritten Quartal des Jahres 2012 mit 0,1% nur noch leicht. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm nur um 0,2% zu.⁵ Die von den Erwerbstätigen durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ging um 0,7% zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, dass infolge der schwachen Produktionsentwicklung in den Unternehmen die bezahlten Mehrarbeitsstunden reduziert sowie die Arbeitszeitkonten abgeschmolzen wurden.⁶ Insgesamt sank das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen das zweite Quartal in Folge um 0,6%.

Die registrierte Arbeitslosigkeit steigt seit dem zweiten Quartal des Jahres 2012 leicht an. Dass sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht spiegelbildlich zur Beschäftigung entwickelt, ist zum einen durch den Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots bedingt. Dies ist auf eine steigende Erwerbsbeteiligung vor allem von Älteren sowie die kräftige Zunahme der Nettozuwanderung (vgl. Kasten 3) zurückzuführen.⁷ Zum anderen beeinflusst der Rückgang der arbeitsmarktpolitischen

Maßnahmen die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit. So wurden im dritten Quartal des Jahres 2012 knapp 140 000 Personen weniger gefördert als im Vorjahreszeitraum.⁸

Infolge der rückläufigen Produktionsentwicklung wird die Beschäftigung im vierten Quartal des Jahres 2012 leicht abnehmen. Die Zahl der offenen Stellen sank bereits im dritten Quartal 2012 deutlich.⁹ Die Leiharbeit, mit der die Unternehmen kurzfristig auf konjunkturelle Veränderungen reagieren, ist seit drei Quartalen rückläufig. Infolge des in einigen Bereichen spürbaren Fachkräftemangels werden die Unternehmen bestrebt sein, durch die verstärkte Flexibilisierung der Arbeitszeit ihren Fachkräftebestand über die konjunkturelle Schwächephase hinweg zu halten. Im Durchschnitt des Jahres 2012 wird die Zahl der Erwerbstätigen mit 393 000 Personen bzw. 1,0% deutlich über dem Vorjahresquartal liegen. Im Jahresdurchschnitt werden 76 000 Personen weniger arbeitslos registriert sein als im Vorjahr.¹⁰

Im Jahr 2013 wird die Arbeitsnachfrage schwach bleiben. Die Unternehmen werden die Ausweitung der Produktion zunächst durch Überstunden bzw. durch den Abbau von Kurzarbeit bewältigen, bevor sie zusätzliches Personal einstellen. Im Durchschnitt des Jahres 2013 dürften etwa 0,1% mehr Personen erwerbstätig sein als im Vorjahr (vgl. Abbildung 10). Im Jahr darauf dürfte die Beschäftigung mit 0,2% leicht steigen. Inwieweit sich dies auf die registrierte Arbeitslosigkeit auswirkt, hängt vor allem von der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots ab. Dabei sind zwei gegenläufige Entwicklungen zu beobachten: Einerseits dürfte auch im Jahr 2013 infolge der schlech-

⁵ In welchem Umfang davon Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigte betroffen sind, kann zurzeit nicht exakt beurteilt werden. Infolge einer Statistikumstellung liegen aktuelle Daten zur Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Unterteilung nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten nur bis zum Berichtstermin Juni 2011 vor. Vgl. hierzu *Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik – Umstellung der Erhebungsinhalte bei den Merkmalen „ausgeübte Tätigkeit“ (Beruf), „Arbeitszeit“ und „Ausbildung“*. Nürnberg, März 2012.

⁶ Vgl. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg*: Wochenarbeitszeit wieder auf Vorkrisen-Niveau. Presseinformation des IAB vom 11.09.2012. Zu einer spürbaren Ausweitung der Kurzarbeit ist es bislang noch nicht gekommen. Die Zahl der Bezieher von konjunkturellem Kurzarbeitergeld lag im September des Jahres 2012 – neuere Daten liegen nicht vor – bei 58 000 Personen. Im Vorjahresmonat waren es 65 000 Personen. Im September 2012 waren in den Anzeigen zur Kurzarbeit bei der Bundesagentur für Arbeit 47 000 Personen genannt. Im Vorjahresmonat waren es 24 000. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Kurzarbeit – angezeigte Kurzarbeit – Kurzarbeitergeld. Online-Statistikangebot*. Nürnberg, Oktober 2012.

⁷ Vgl. *Fuchs, J.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Vallé, J.; Weber, E.; Zapf, I.; Zika, G.*: IAB-Prognose 2012/2013: Neue Herausforderungen für den deutschen Arbeitsmarkt, in: *IAB-Kurzbericht, 14/2012*, 7 f.

⁸ Zu diesen werden hier die Maßnahmen zur Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sowie die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen gezählt.

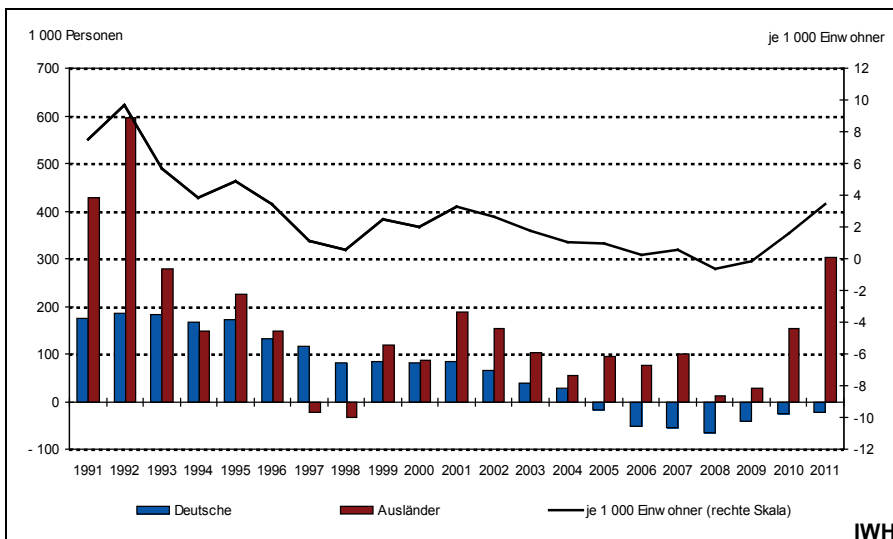
⁹ Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg gab es im dritten Quartal des Jahres 2012 ca. 56 000 bzw. 6,1% weniger Stellenangebote im ersten Arbeitsmarkt als vor einem Jahr. Vgl. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB)*: IAB-Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot: *Presseinformation des IAB vom 08.11.2012*.

¹⁰ Obwohl ab dem zweiten Quartal des Jahres 2012 die Zahl der registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt zunimmt, liegt im Durchschnitt des Jahres 2012 die Arbeitslosenzahl unter dem Wert des Vorjahres. Die Ursache dieses statistischen Effekts liegt im höheren Niveau der Arbeitslosenzahl am Ende des Jahres 2011.

Kasten 3: Zur aktuellen Entwicklung der Nettozuwanderung in Deutschland

Seit dem Jahr 2010 nimmt die Nettozuwanderung^a nach Deutschland sehr stark zu: Überstieg im Jahr 2010 die Zahl der Zuwanderer die der Auswanderer um 128 000 Personen, so waren es im Jahr 2011 schon 279 000 (vgl. Abbildung 9).^b Im Jahr 2012 könnten es – sofern die Zuwachsrate des ersten Halbjahres auch im zweiten Halbjahr erreicht wird – sogar etwa 370 000 Personen sein. Ein so hoher Wert wurde zuletzt Mitte der 1990er Jahre erreicht. Bezogen auf 1 000 Einwohner würde dies einen Wanderungsgewinn von 4,6 Personen bedeuten.

Abbildung 9:
Wanderungssaldo zwischen Deutschland und dem Ausland im Zeitraum von 1991 bis 2011¹



¹ Wanderungssaldo (Zuzüge abzüglich Fortzüge) in 1 000 Personen (linke Skala) sowie Wanderungssaldo (in Personen) je 1 000 Einwohner (rechte Skala).

Quellen: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Vorläufige Wanderungsergebnisse 2011; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Ursachen für den starken Anstieg der Nettozuwanderung seit dem Jahr 2010 unterscheiden sich erheblich von denen in den 1990 Jahren. Damals resultierten die Wanderungsgewinne vor allem aus der Zunahme von (Spät-)Ausiedlern aus Mittel- und Osteuropa, Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen.^c Einen relativ geringen Anteil hatten Arbeitsmigranten aus Mittel- und Osteuropa, die im Rahmen vertraglich geregelter Bestimmungen in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen konnten.^d

Der starke Anstieg der Nettozuwanderung seit dem Jahr 2010 wird hingegen stärker von der Arbeitsmigration getragen. Dabei spielen unter anderem

zwei Prozesse eine große Rolle: das Auslaufen der Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber acht mittel- und osteuropäischen EU-Staaten^e ab dem 1. Mai 2011 sowie die wirtschaftliche Schwäche in den südeuropäischen Krisenländern Griechenland, Italien, Spanien und Portugal. Begünstigt durch die gute Arbeitsmarktlage in Deutschland nahm die Nettozuwanderung aus diesen Staaten deutlich zu (vgl. Tabelle 9). Hinzu kommt ein starker Wanderungsgewinn aus den Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien, für die die Einschränkungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit erst im Jahr 2014 wegfallen. Ein Grund für diesen starken Anstieg dürfte die schwere Krise in Spanien und Italien sein, die zu den traditionellen Migrationsländern für rumänische und bulgarische Bürger zählen.^f Insgesamt entfallen fast vier Fünftel der Nettozuwanderung auf diese mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer sowie die vier südeuropäischen Krisenländer.

Bemerkenswert ist die günstige Altersstruktur der Nettowanderung: Im Jahr 2010 – neuere Daten liegen noch nicht vor – waren 86,9% der (Netto-)Zuwanderer im Alter von 18 bis 65 Jahren.^g In Deutschland betrug im Jahr 2010 der Anteil dieser Altersgruppe an der Bevölkerung 63,0%.^h Betrachtet man nur die Zuwanderer, so zeigt sich folgendes Bild: Im Zeitraum von 1999 bis 2009 ist der Anteil der Zugewanderten im erwerbsfähigen Alter um etwa fünf Prozentpunkte gestiegen.ⁱ Im Schnitt waren die zwischen 1999 und 2009 zugewanderten Personen 32,9 Jahre alt und damit mehr als zehn Jahre jünger als die Gesamtbevölkerung in Deutschland.^j

Die hohe Nettozuwanderung hat sich auch in der Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland niedergeschlagen. Der Anteil ausländischer Staatsbürger an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat im Jahr 2011 deutlich zugenommen. Besonders kräftig stieg dabei die Zahl der Beschäftigten aus den wichtigsten Netto-Zuwanderungsländern (vgl. Tabelle 10).^k Diese Entwicklung hat sich im Jahr 2012 fortgesetzt: So lag im September 2012 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den neuen EU-Staaten in Deutschland um etwa 86 000 Personen und die aus den vier südeuropäischen Krisenländern um 29 000 über dem Wert im Vorjahresmonat.^l Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den acht neuen EU-Staaten und den vier

südeuropäischen Krisenstaaten an der Beschäftigung in Deutschland hat sich im Verlauf eines Jahres von 2,0% auf 2,4% erhöht.

Tabelle 9:
Nettozuwanderung nach Ländern

	2009	2010	2011	1. Hj. 2012	2010	2011	1. Hj. 2012
	<i>in 1 000 Personen</i>				<i>Anteil in %</i>		
Beitrittsländer (2004) ¹	7	40	103	69	31,5	37,0	37,6
südeuropäische Krisenländer ²	-12	9	39	30	7,4	13,9	16,4
Rumänien/Bulgarien	21	41	58	44	32,4	20,9	24,4
übrige Staaten	-29	38	79	39	28,7	28,2	21,6
insgesamt	-13	128	279	182	100,0	100,0	100,0

¹ Slowenien, Slowakei, Tschechien, Polen, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland. – ² Griechenland, Italien, Spanien, Portugal.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Vorläufige Wanderungsergebnisse 2011; Berechnungen des IWH.

Tabelle 10:
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit¹

Staatsangehörigkeit	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	<i>in 1 000 Personen</i>			<i>Anteil in %</i>		
Beitrittsländer (2004) ²	146	156	197	7,8	8,1	9,6
Südeuropäische Krisenländer ³	340	344	361	18,1	17,8	17,5
Rumänien/Bulgarien	49	56	71	2,6	2,9	3,4
übrige Staaten	1 344	1 370	1 432	71,5	71,2	69,5
insgesamt	1 879	1 925	2 061	100,0	100,0	100,0
<i>nachrichtlich:</i>						
Anteil an den SV-pflichtig Beschäftigten insgesamt	6,9	6,9	7,3			

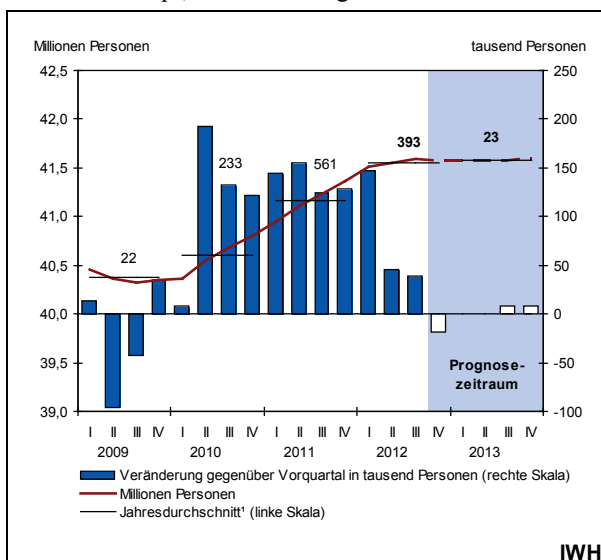
¹ Stichtag 30.06. des jeweiligen Jahres. – ² Slowenien, Slowakei, Tschechien, Polen, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland. – ³ Griechenland, Italien, Spanien, Portugal.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht; Berechnungen des IWH.

^a Unter Nettozuwanderung wird der Saldo aus Zuzügen und Fortzügen verstanden. – ^b Hinter diesen Angaben zum Wanderungssaldo stehen große Ströme von Zuzügen und Fortzügen. So standen im Jahr 2011 958 000 Zuzügen etwa 679 000 Fortzüge gegenüber. Bemerkenswert ist auch, dass der größte Teil der Zuzüge (2010: 842 000) und der Fortzüge (2010: 539 000) auf Ausländer entfällt. – ^c Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung bei Dietz, B.: Die Immigration aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland: Wanderungsdynamik, Integrationsmuster und politische Implikationen, in: R. Schomaker, C. Müller, A. Knorr (Hrsg.), Migration und Integration als wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungsprobleme. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 95, 26 ff. – ^d Ebenda, 24, 26 ff. – ^e Dies betrifft die mittel- und osteuropäischen Staaten Slowenien, Slowakei, Tschechien, Polen, Ungarn, Litauen, Lettland und Estland. – ^f Vgl. *European Commission: Report from the Commission to the Council on the Functioning of the Transitional Arrangements on Free Movement of Workers from Bulgaria and Romania. SEC(2011) 1343*. Brüssel, 11.11.2011, 5. – ^g Vgl. Statistisches Bundesamt: *Fachserie 1, Reihe 1.2 (Wanderungen)*. – ^h Berechnet nach Statistisches Bundesamt: *Fachserie 1, Reihe 1.3 (Bevölkerungsfortschreibung)*. – ⁱ Vgl. Geis, W.: *Der Beitrag der Zuwanderung zur Fachkräftesicherung*, in: IW-Trends, Jg. 39 (2), 2012, 6. – ^j Vgl. ebenda, 5. Vgl. hierbei auch die neueren Untersuchungen zur Qualifikationsstruktur der Zuwanderer von Geis, W., a. a. O., und Seibert, H.; Wapler, R.: *Zuwanderung nach Deutschland: Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker*, in: *IAB-Kurzbericht 21/2012*, sowie Demary, M.; Erdmann, V.: *Fachkräftengpässe und Arbeitslosigkeit in Europa – Wanderung als kurzfristiger Ausgleichsmechanismus*, in: IW-Trends, Jg. 39 (3), 2012. – ^k Diese Angaben unterschätzen das Ausmaß der Erwerbstätigkeit von ausländischen Staatsbürgern in Deutschland. Beispielsweise können diese auch einer selbstständigen Tätigkeit nachgehen oder eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung aufnehmen. – ^l Vgl. hierzu Bundesagentur für Arbeit: *Auswirkungen der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai auf den Arbeitsmarkt*. Berichtsmonat: August 2012. Nürnberg, November 2012. – Bundesagentur für Arbeit: *Auswirkungen der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt*. Nürnberg, November 2012, 2.

ten Arbeitsmarktlage in vielen Ländern der EU die Nettozuwanderung hoch bleiben. Andererseits schrumpft das Erwerbspersonenpotenzial aufgrund der demographischen Entwicklung erheblich.¹¹ Hinzu kommt, dass erneut weniger Personen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden. Insgesamt dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit um 109 000 Personen über dem Wert des Jahres 2012 liegen. Im Jahr 2014 wird die Zahl der Arbeitslosen in etwa so hoch sein wie im Jahr zuvor. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote¹² wird im Jahr 2012 6,5% betragen. Im Jahr 2013 sowie im Jahr darauf dürfte sie auf 6,7% steigen.

Abbildung 10:
Erwerbstätige
- Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Im dritten Quartal 2012 lag der Tariflohnanstieg bei 2,8% im Vergleich zum Vorjahr. Insbesondere die ausgehandelten kräftigen Lohnsteigerungen von über 4% bei mehreren Tarifabschlüssen dürften dafür ursächlich sein.¹³ Auch wurden in einigen Be-

reichen die unteren Lohngruppen überproportional angehoben beziehungsweise ganz abgeschafft. Bei Tarifverträgen, die mehr als ein Jahr laufen, fiel ein vereinbarter zweiter Stufenanstieg der Tariflöhne zumeist geringer aus als der Anstieg zu Beginn der Laufzeit des Tarifvertrages. Damit ist ein Teil des Tariflohnanstiegs, der bis zum Ende des Prognosezeitraums wirksam wird, bereits vorbestimmt. Die zuletzt abgeschlossenen Tarifverträge deuten zudem darauf hin, dass der Tariflohnanstieg wieder etwas zurückgehen könnte, da inzwischen auch wieder mehr Erhöhungen in der Größenordnung von 2% bis 3% vereinbart wurden. Insgesamt dürfte der Tariflohnanstieg im Jahr 2012 bei 2,6% liegen, im Jahr danach bei 2,7% und im Jahr 2014 bei 2,3%.

Im dritten Quartal 2012 lag der monatliche Tariflohnanstieg erstmalig nach mehr als zwei Jahren über dem Effektivlohnanstieg je Arbeitnehmer. Gleichzeitig sank die geleistete Arbeitszeit. Dies dürfte zum Teil über einen Abbau von Zeitguthaben auf den Arbeitszeitkonten erfolgt sein, der auf den Effektivlohn je Arbeitnehmer keinen direkten Effekt hat, jedoch rechnerisch dazu führt, dass die Stundenlöhne zulegen. Die Verringerung der geleisteten Arbeitszeit je Beschäftigten dürfte noch bis in das erste Quartal des Jahres 2013 anhalten.

Insgesamt wird der Anstieg der Löhne und Gehälter je Beschäftigten durch die konjunkturell bedingte geringere Arbeitsnachfrage vorübergehend etwas gedämpft, sodass sie im Jahr 2012 um 2,7% und in den beiden Jahren danach um 2,8% und um 2,9% zulegen. Die sich damit ergebenden Stundenverdienste steigen im Jahr 2012 um 3,3% und im Jahr 2013 um 3,1%, die Lohnstückkostenbelastung der Produktion nimmt in diesen Jahren um 2,6% und um 1,8% zu. Im Jahr 2014 werden die Stundenlöhne wieder ähnlich schnell wie die Löhne je Beschäftigten zunehmen, die Lohnstückkosten steigen um 1,5%.

Schwacher Euroraum bremst Exportwachstum

Im dritten Quartal 2012 wurden in Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 327 Mrd. Euro ausgeführt. Gleichzeitig betrug der Wert der Importe 278 Mrd. Euro. Damit stiegen die Ausfuhren um 1,4% und die Einfuhren um 1,0% im Vergleich zum Vorquartal. Auch im Oktober stiegen die Ausfuhren um 0,3% im Vergleich zum Vormonat. Trotz der weiterhin angespannten Lage im Euroraum entwickelten sich die Exporte demnach unerwartet gut, bei gleichzeitig schwacher Entwicklung der inländischen Verwendung. Der Außenhandel trug

¹¹ Vgl. Fuchs, J.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Vallé, J.; Weber, E.; Zapf, I.; Zika, G., a. a. O., 7.

¹² Dabei wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf die Zahl der Erwerbstätigen, zu denen die registrierten Arbeitslosen und die Erwerbstätigen (Inland) gehören, bezogen.

¹³ So lagen beispielsweise die Tariflohnabschlüsse für die Chemische Industrie bei 4,5%, bei der Deutschen Post AG bei 4,0% oder der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg bei 4,3%.

im dritten Quartal 0,3 Prozentpunkte zur gesamtwirtschaftlichen Produktionsausweitung bei, nach 0,7 Prozentpunkten im Vorquartal. Er erweist sich somit weiterhin als wesentliche Stütze der deutschen Konjunktur. Die starke Zunahme der Exporte ist wohl auf die recht günstigen Entwicklungen des Wechselkurses und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Vor allem der Zuwachs von Warenlieferungen in die Länder außerhalb des Euroraums setzte sich robust fort.

Insbesondere stiegen zuletzt die Ausfuhren in die USA, nach Großbritannien, und Japan stark an. Auch die Ausfuhren nach Russland und in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens legten in den letzten Monaten stark zu. Innerhalb des Euroraums sanken die Warenlieferungen nach Frankreich, Italien, und Spanien im August hingegen stark. Für die nächsten Monate weisen die Auftragseingänge aus dem übrigen Euroraum nicht auf eine weitere Schwächung der Nachfrage hin. Der entsprechende Index (ohne sonstigen Fahrzeugbau) ist im Oktober sogar gestiegen. Die Auftragseingänge außerhalb der Eurozone entwickelten sich ebenfalls positiv.

Im Prognosezeitraum werden die Exporte von der Schulden- und Vertrauenskrise und der Schwäche des Welthandels gedämpft. Im Jahr 2012 werden die Exporte voraussichtlich um 4,3% zunehmen, nach 7,8% im Vorjahr. Im Jahr 2013 dürften die Ausfuhren weiter unter der schwachen Nachfrage aus dem Euroraum und der schwachen Weltkonjunktur leiden. Auch aus der preislichen Wettbewerbsfähigkeit werden wohl keine stimulierenden Impulse zu erwarten sein. Somit werden die Ausfuhren im Jahr 2013 wohl um 4,0% zulegen und erst im Jahr 2014 wieder etwas an Schwung gewinnen (vgl. Abbildung 11).

Die Importe expandierten in der ersten Jahreshälfte 2012 deutlich schwächer als die Ausfuhren. Dies ist wohl vor allem der schwachen Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen geschuldet. In der zweiten Jahreshälfte 2012 wird sich diese Entwicklung vermutlich fortsetzen und erst im Jahr 2013 von den anziehenden Investitionen wieder stimuliert werden. Insgesamt ist von einem Zuwachs von 2,3% im Jahr 2012 und 3,7% im Jahr 2013 auszugehen. Für das Folgejahr 2014 wird eine erneute Beschleunigung bei den Importen erwartet, da sich sowohl die inländische Nachfrage als auch die Exporte wieder beleben dürften (vgl. Tabelle 11).

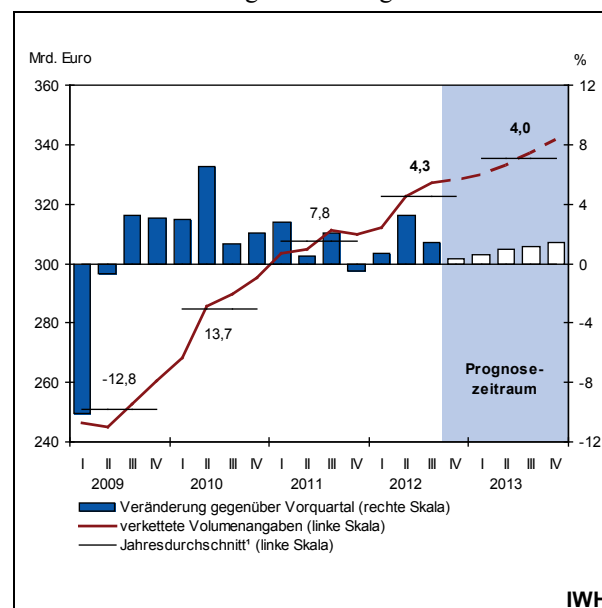
Die Preise für Waren und Dienstleistungen werden im Zuge der Belebung des Welthandels wieder

leicht zunehmen. Aufgrund der nur leicht steigenden Lohnstückkosten dürfte der Preisauftrieb bei den Ausfuhren im Prognosehorizont aber weiterhin moderat ausfallen. Angesichts der schwachen Entwicklung der Rohstoffpreise dürften die Importpreise ebenfalls nur leicht ansteigen. Nachdem die Terms of Trade im Jahr 2012 um voraussichtlich 0,6% zurückgehen, werden sie sich in 2013 nur noch um 0,2%, bzw. um 0,4% im Jahr 2014 verschlechtern.

Abbildung 11:

Reale Exporte

- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Tabelle 11:

Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2012	2013	2014
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte, real	4,3	4,0	5,6
Importe, real	2,3	3,7	6,6
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Exporte, nominal	51,8	53,0	55,0
Importe, nominal	46,0	46,9	49,4
	<i>In Mrd. Euro, nominal</i>		
Außenbeitrag	155,2	163,4	157,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Gesplante Investitionskonjunktur löst sich erst im Verlauf des Jahres 2013 auf

Die Unternehmen haben ihre Investitionen im Sommerhalbjahr 2012 kräftig zurückgeschraubt, insgesamt gaben sie gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr um etwa 4% nach. Bei den Ausrüstungen fiel der Rückgang mit 5,4% besonders drastisch, bei den Wirtschaftsbauten mit 2,3% etwas moderater aus. Ausschlaggebend dürften die weltweite konjunkturelle Abschwächung und die von der Staatsschuldenkrise einiger Euro-Länder ausgehende Unsicherheit sein, die zu einer Investitionszurückhaltung der Unternehmen führte. Die Investitionen in Wohnbauten wurden dagegen zuletzt deutlich ausgeweitet. Sowohl die privaten Haushalte als auch die Wohnungsunternehmen und Kapitalanleger haben vermehrt in den Neubau und die Modernisierung von Wohnimmobilien investiert.

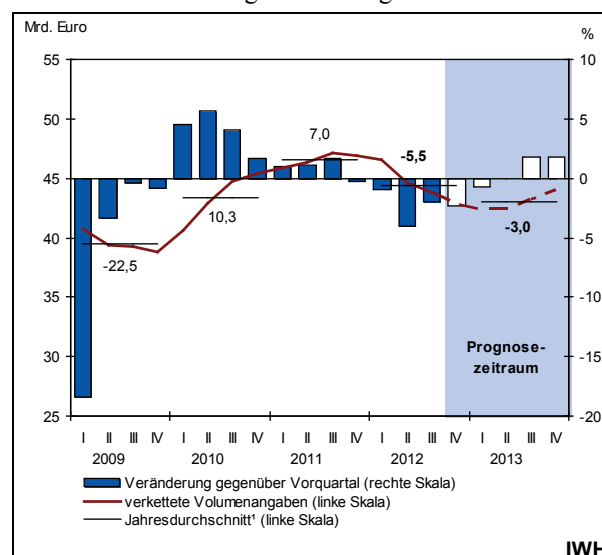
Die Unternehmensinvestitionen dürften im bevorstehenden Winterhalbjahr angesichts der immer noch schwächelnden Weltkonjunktur zunächst rückläufig bleiben. Die Bestellungen von Investitionsgütern aus dem Inland sind am aktuellen Rand sogar stark zurückgegangen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Kapazitätsauslastung in den letzten Quartalen deutlich gesunken; sie befindet sich inzwischen in allen Hauptgruppen unter dem langfristigen Durchschnitt, im Schnitt um etwa zwei Prozentpunkte. Auch hinsichtlich der über die Nachfrage erwarteten Kapazitätsauslastung in den nächsten Monaten spricht in allen Industriebranchen per Saldo eine eindeutige Mehrheit der Betriebe von ausreichenden technischen Kapazitäten.¹⁴ Damit stehen nur dringend notwendige Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen auf der Tagungsordnung. Erst im späteren Verlauf des Jahres 2013 und bis in das Jahr 2014 hinein dürften sich mit der anziehenden Weltkonjunktur und den greifenden Reform- und Konsolidierungsmaßnahmen im Euroraum die Absatz- und Gewinnaussichten deutlicher aufhellen. Die Zuversicht der Unternehmen in die Zukunft kehrt zurück und dürfte dann wieder vermehrt Investitionen in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten auslösen, zumal Investitionen zuvor zurückgestellt worden waren und die Finanzierungsbedingungen

¹⁴ Die Salden der Betriebsmeldungen mit mehr als ausreichenden gegenüber denen mit nicht ausreichenden technischen Kapazitäten reichen laut ifo Konjunkturtest von 12% im Ledergewerbe bis 54% in der Metallerzeugung und -bearbeitung. In den gewichtigen Branchen Maschinenbau, Kraftfahrzeugherstellung und Elektrotechnik liegt dieser Saldo bei einem Fünftel bis einem Viertel. Vgl. CESifo Gruppe: ifo Konjunkturperspektiven, 10/2012.

bei niedrigen Zinsen und nur wenig verschlechterten Kreditbedingungen relativ gut bleiben. Die Ausrüstungsinvestitionen gehen nach dieser Prognose um 5,5% im Jahr 2012 und um 3% im Jahr darauf zurück (vgl. Abbildung 12), im Jahr 2014 ziehen sie dagegen mit knapp 5½% an. Der gewerbliche Bau profitiert zunächst noch von bereits eingeleiteten Baugenehmigungen, sodass die Rückgänge im Winterhalbjahr geringer ausfallen als bei den Ausrüstungen. Alles in allem sinken die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2013 wohl um 1,9% nach 3,8% im Jahr zuvor. Im Jahr 2014 dürften sie um 4½% zunehmen (vgl. Tabelle 12 und Kasten 4).

Abbildung 12:

Reale Investitionen in Ausrüstungen
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Tabelle 12:

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2012	2013	2014
Anlageinvestitionen insgesamt	-2,4	0,3	3,6
Ausrüstungen	-5,5	-3,0	5,6
sonstige Anlagen	3,0	4,0	5,0
Bauinvestitionen insgesamt	-0,8	2,0	2,2
Wohnbauten	2,6	3,3	2,0
Nichtwohnbauten insgesamt	-5,1	0,2	2,6
gewerbliche Bauten	-2,1	-1,5	2,5
öffentliche Bauten	-12,1	4,5	2,7
nachrichtlich:			
Unternehmensinvestitionen	-3,8	-1,9	4,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Kasten 4: Sektorkonten

Die Sektorkonten sind neben dem Input-Output-System und anderen mit dem Bruttoinlandsprodukt zusammenhängenden Rechnungen ein wesentlicher Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die Sektorkonten, die im Rahmen des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 95)^a erstellt werden, stellen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und den Wirtschaftskreislauf getrennt nach den verschiedenen Sektoren Kapitalgesellschaften, Staat, Private Haushalte und private Organisationen sowie die übrige Welt dar: angefangen bei der Produktion, über die Einkommensentstehung, -verteilung, -umverteilung und -verwendung sowie letztlich der Änderungen von finanziellem und nichtfinanziellem Vermögen. Im Ergebnis zeigen die Sektorkonten die realwirtschaftliche (nichtfinanzielle) Entstehung des nominalen Finanzierungssaldos. Dieser stimmt mit dem Finanzierungssaldo aus dem finanziellen Kontensystem überein.^b Der Finanzierungssaldo der Sektoren ist der Teil des Sparens der jeweiligen Sektoren in einer Periode, welcher um die Vermögenstransfers und die zur Bildung von Sachvermögen (Investitionen und Nettozugang an Land und anderem nichtproduzierten Sachvermögen) benötigten Finanzmittel bereinigt ist.

Deutschland insgesamt wird im Jahr 2012 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 182,6 Mrd. Euro aufweisen. Dieser korrespondiert mit dem Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands. Die Finanzierungsüberschüsse kommen dabei hauptsächlich von den privaten Haushalten und von den Kapitalgesellschaften. Der Staatshaushalt ist im Jahr 2012 in etwa ausgeglichen (vgl. Abbildungen 13 und 14).

Ein wesentlicher Teil des deutschen Finanzierungsüberschusses lässt sich durch den Exportüberschuss erklären. Das Ausland verschuldet sich dadurch gegenüber Deutschland. Im Jahr 2013 wird der Finanzierungsüberschuss weiter steigen. Ursächlich dafür dürften unter anderem die geringeren Bruttoinvestitionen der Kapitalgesellschaften sein. Auch wenn die Bruttoinvestitionen der privaten Haushalte (häufig Wohnbauinvestitionen) im Jahr 2013 weiter steigen werden und der Staat etwas mehr als im Vorjahr investieren wird, so reicht dies jedoch nicht aus, um den Rückgang der Investitionen in Ausrüstungen zu kompensieren. Im Folgejahr investieren – mit anziehender Konjunktur – dann auch die Kapitalgesellschaften wieder kräftiger. Insgesamt sinkt dadurch der Finanzierungsüberschuss Deutschlands.

Abbildung 13:
Jährliche Beiträge der Sektoren zum nominellen
Finanzierungssaldo Deutschlands
- in Mrd. Euro -

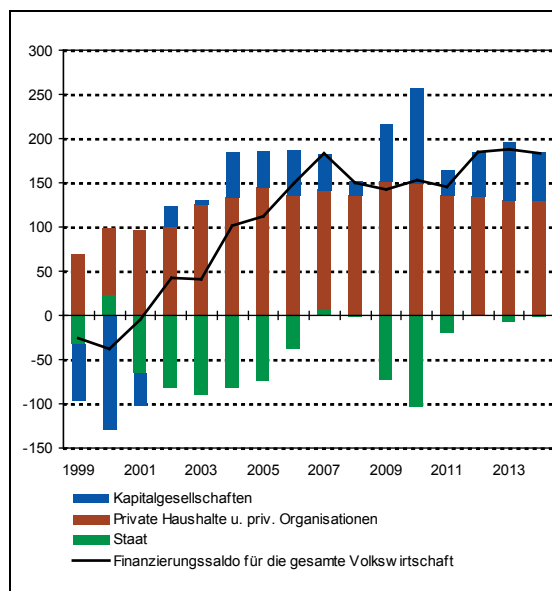
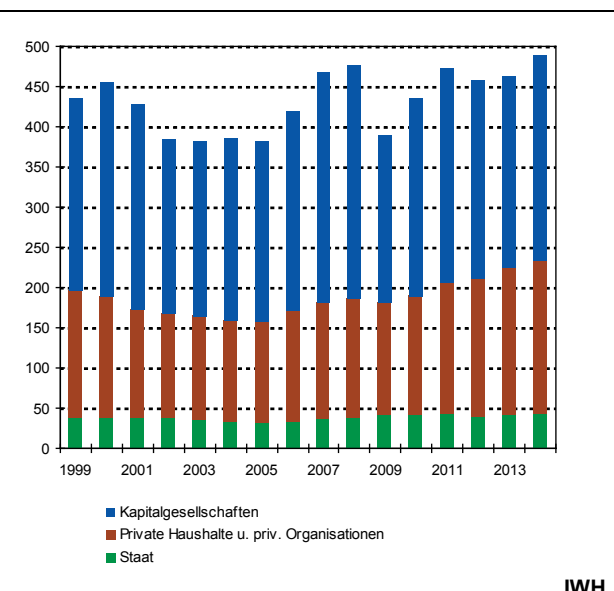


Abbildung 14:
Jährliche Beiträge der Sektoren zu den nominellen
Bruttoinvestitionen in Deutschland
- in Mrd. Euro -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2012: Prognose des IWH.

^a Vgl. auch *Verordnung (EG) Nr. 1161/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates* vom 6. Juli 2005 über die Erstellung von vierteljährlichen nichtfinanziellen Sektorkonten. – ^b Vgl. *Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland – 2006 bis 2011*. Statistische Sonderveröffentlichung 4. Juni 2012. Frankfurt am Main.

Die Wohnungsbauinvestitionen bleiben im Prognosezeitraum tendenziell aufwärtsgerichtet. Der Arbeitsmarkt ist stabil, die real verfügbaren Einkommen steigen, die Finanzierungsbedingungen bleiben angesichts außerordentlich niedriger Zinsen und nur wenig schärferer Kreditbedingungen immer noch gut. Zwar waren die Auftragseingänge und die Bauproduktion am aktuellen Rand rückläufig. Die Auftragsbestände sind aber immer noch hoch. Diese hohen Auftragsreserven und die weiter gestiegenen Baugenehmigungen dürften somit zu einer Ausweitung der Neubauinvestitionen führen, wenngleich eine tendenziell abnehmende Dynamik zu erwarten ist. So steigen die Baugenehmigungen der privaten Haushalte zuletzt etwas verhaltener, bei den Unternehmen konnte das im zweiten Quartal erreichte hohe Genehmigungsniveau nicht wieder erreicht werden. Zwar lassen die gestiegenen Angebotsmieten besonders in expandierenden Großstädten gute Vermarktungsaussichten erwarten, aber auch die Baukosten sind in den vergangenen zwei Jahren kräftig gestiegen und eine weitere Verteuerung ist mit der geplanten Energiesparverordnung im Neubau zu erwarten. Anregungen werden im Prognosezeitraum auch von Ausbau und Modernisierung des Wohnungsbestandes kommen. Hier dürften allerdings die überdurchschnittlich zunehmenden Preise für energetisch relevante Baumaterialien¹⁵ ebenfalls dämpfend wirken. Die Wohnungsbauinvestitionen steigen im Jahr 2013 um 3,3% nach 2,6% im Jahr zuvor, im Jahr 2014 dürfte der Zuwachs bei etwa 2% liegen.

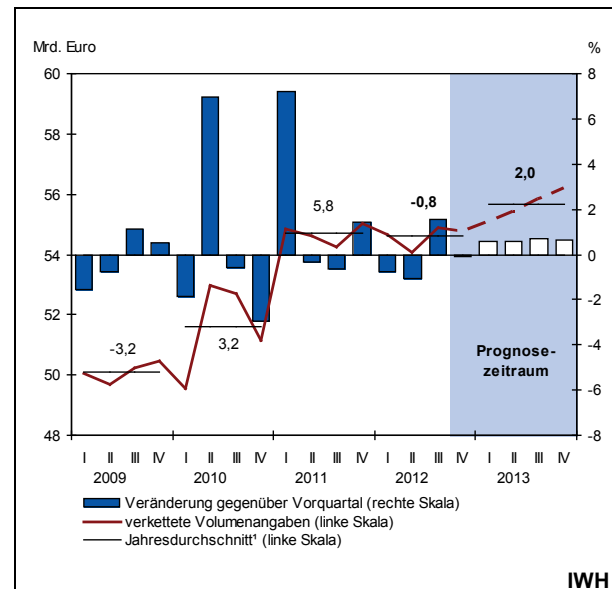
Der öffentliche Bau hat sich nach der außergewöhnlichen Zäsur von knapp -13% im ersten Halbjahr 2012, die vor allem den ausgelaufenen Konjunkturpaketen geschuldet sein dürfte, zuletzt wieder etwas erholt. Die Belebung dürfte sich angesichts der relativ entspannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum fortsetzen, auch wenn die Zuwächse wegen der extrem divergierenden Finanzausstattung der Kommunen, die Hauptträger der Investitionen sind, eher moderat sein dürften. Die öffentlichen Bauinvestitionen sinken im Jahr 2012 vor allem aufgrund der Investitionsschwäche zu Jahresbeginn um gut 12%. Im Jahr 2013 zieht die Investitionstätigkeit mit 4½% und im Jahr darauf mit 3% aber wieder an. Die

Bauinvestitionen insgesamt dürften nach einem Rückgang um 0,8% im Jahr 2012 in den beiden folgenden Jahren wieder um etwa 2% zulegen (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 15:

Reale Bauinvestitionen

- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Privater Konsum schwächt sich vorübergehend ab

Nach der Konsumschwäche zu Beginn des Jahres 2012 kauften die privaten Haushalte im dritten Quartal wieder kräftiger ein. Insbesondere wurden langlebige Konsumgüter angeschafft. Dazu beigetragen haben dürften auch die recht hohen Einkommenszuwächse (vgl. Tabelle 13). So stiegen die Bruttolöhne und -gehälter in den beiden ersten Quartalen des Jahres recht kräftig an und auch im dritten Quartal gab es nochmals eine Zunahme bei der Lohnsumme. Die vergangenen Zuwächse resultierten aus einem Anstieg sowohl der Beschäftigung als auch der Effektivlöhne. Dieser Trend schwächt sich aufgrund der konjunkturellen Lage ab. Insgesamt werden die Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2012 um 3,7% steigen. Im Folgejahr wird der Zuwachs mit 2,8% aufgrund einer leicht sinkenden Beschäftigung geringer ausfallen und im Jahr 2014 dann wohl bei 3,1% liegen. Zum Anstieg der Nettolöhne trägt im Prognosezeitraum geringfügig auch die Verringerung des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen bei.

¹⁵ Vgl. Simons, H.: *Energetische Sanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern: Energetischer Zustand, Sanierungsfortschritte und politische Instrumente*. Im Auftrag des Verbandes der Privaten Bausparkassen e. V. Empirica Forschung und Beratung. Berlin 2012, 4 und 59 ff.

Tabelle 13:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2012	2013	2014
verfügbares Einkommen, nominal	2,1	2,1	2,9
<i>darunter:</i>			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	3,6	2,7	2,5
monetäre Sozialleistungen	1,6	2,4	2,0
Selbstständigen-, Vermögens-einkommen	1,8	0,6	3,7
Sparen	2,4	2,1	2,9
private Konsumausgaben, nominal	2,1	2,1	2,9
<i>nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	3,7	2,8	3,1
Sparquote (in %)	10,4	10,4	10,4
Preisindex des privaten Konsums	1,6	1,7	1,8
private Konsumausgaben, real	0,5	0,4	1,2

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Vor allem durch die Erhöhung der gesetzlichen Renten nahmen die monetären Sozialleistungen im dritten Quartal 2012 um 1,8% zu. Auch im Jahr 2013 ist nochmals von einer kräftigen Rentenerhöhung auszugehen. Zudem wird das Betreuungsgeld eingeführt. Dies beides und der Anstieg der Arbeitslosigkeit dürften im Jahr 2013 zu weiter steigenden Transfereinkommen führen. Im Jahr 2014 werden diese dann wohl nicht mehr ganz so kräftig zulegen. Die Masseneinkommen werden im Jahr 2012 um 3,0% und in den beiden folgenden Jahren um 2,6% und 2,3% zunehmen. Die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen steigen im Jahr 2012 vergleichsweise geringfügig um 1,8%. Im Jahr 2013 schwächt sich ihr Anstieg noch weiter ab und erst im Jahr 2014 werden sie wieder aufholen und dann schneller als die Masseneinkommen steigen.

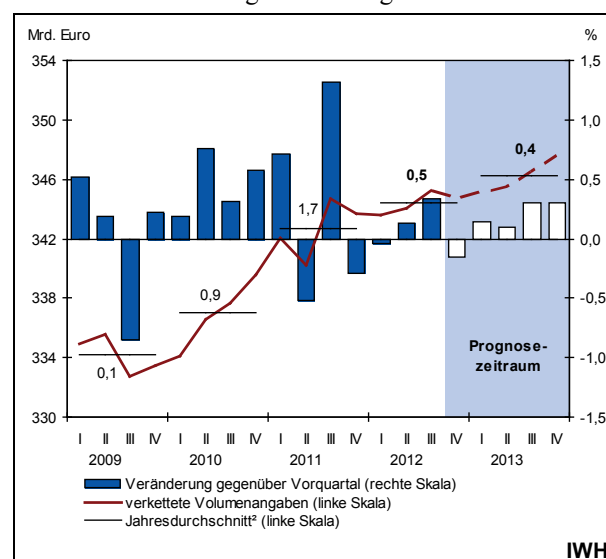
Alles in allem nehmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich in den Jahren 2012 und 2013 jeweils um nominal 2,1% zu. Erst im Jahr 2014 gibt es wieder einen stärkeren Anstieg. Der Preisanstieg in den Jahren 2012 bis 2014 dürfte jeweils niedriger sein,¹⁶ sodass leichte

¹⁶ Dieser Preisanstieg wird mit dem Konsumdeflator gemessen, der etwas niedriger als der Anstieg der Verbraucherpreise ist. Seit einigen Quartalen hat sich der Abstand zwischen dem Anstieg des Konsumdeflators und der Verbraucherpreise merklich vergrößert. Dies ist insbesondere auf statistische

reale Einkommenszuwächsen zu erwarten sind. Die Sparquote, die bereits seit dem Jahr 2011 unverändert ist, wird wohl auch weiterhin annähernd konstant bleiben.

Die im Oktober 2012 deutlich verringerten Einzelhandelsumsätze deuten darauf hin, dass die privaten Käufe im vierten Quartal des Jahres 2012 niedriger als im dritten Quartal ausfallen werden. Allerdings sind die realen verfügbaren Einkommen bis zuletzt gestiegen. Auch deshalb dürften die privaten Haushalte in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2013 wieder etwas mehr konsumieren. Mit den sich wieder verbessernden Arbeitsmarkt- und Einkommensaussichten ab Mitte des Jahres 2013 dürften die privaten Käufe dann wieder stärker zulegen. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2012 um 0,5%, im Jahr 2013 um 0,4% und danach um 1,2% zunehmen. Damit tragen sie im Jahr 2012 und 2013 mit 0,3 bzw. 0,2 Prozentpunkten und im Folgejahr mit 0,7 Prozentpunkten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 16:
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2012: Prognose des IWH.

Sondereffekte bei der indirekten Messung des Wertes von Finanzserviceleistungen (FISIM) zurückzuführen, bei der es aufgrund der Eurokrise zu Verzerrungen kommt. Dies wirkt sich auf den Konsumdeflator aus, der ohne die Preiseffekte der FISIM im dritten Quartal 2012 wohl um ca. 0,3 Prozentpunkte höher wäre.

Energiewende lässt Preise steigen

Nachdem sich die Inflation zu Beginn des Jahres 2012 aufgrund der Preisanstiege bei Energie und Nahrungsmitteln kurzzeitig recht kräftig beschleunigt hatte, ging im Sommerhalbjahr der Anstieg wieder etwas zurück. Im Oktober 2012 lag die Inflationsrate bei 2,0% im Vorjahresvergleich. Die Kernrate der Inflation (Anstieg der Verbraucherpreise ohne Preise für Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel) hat dabei nur moderat zugelegt und lag bei 1,4%. Insgesamt werden die Preise im Jahr 2012 um 2,0% ansteigen. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich die Wohnungsmieten (einschließlich Mietwert von Eigentümerwohnungen), die ein Gewicht von etwa 20% im Verbraucherpreisindex haben, kaum verteuert haben. Sie stiegen im Jahr 2012 lediglich um 1,2% und liegen damit im langjährigen Mittel der Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten. Etwaige Auswirkungen der Vermögenspreissteigerungen für (Wohn-) Immobilien auf die durchschnittlichen Mieten sind bislang nicht sichtbar. Im Prognosezeitraum dürften die Wohnungsmieten erst sehr langsam an Fahrt gewinnen, da Preiserhöhungen primär nur bei Neuvermietungen in bestimmten Regionen durchsetzbar sind und diese nur einen geringen Anteil des Gesamtbestandes der Wohnungen betreffen.

Die Inflationsrate wird auch weiterhin deutlich durch die Preisentwicklung bei Energie bestimmt. So werden zu Beginn des Jahres 2013 aufgrund der um fast 50% erhöhten Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage)¹⁷ in Höhe von 5,277 Cent pro Kilowattstunde¹⁸ die Preise für elektrische Energie im Durchschnitt wohl um mehr als 10% steigen. Davon sind insbesondere die privaten Haushalte betroffen, da energieintensive Betriebe unter gewissen Voraussetzungen nur eine reduzierte EEG-Umlage zahlen müssen und zudem von niedrigen Preisen an der Strombörse infolge der Energiewende partizipieren können.¹⁹ Auch dürften die Gaspreise von den Versorgern vielfach

erhöht werden. Hinzu kommt der weitere Anstieg der Tabaksteuer.

Die Preisentwicklung wird vom Auslastungsgrad der Produktion mit beeinflusst. Dieser verringert sich zum Jahreswechsel 2012/2013 aufgrund der konjunkturellen Schwächephase und dürfte auf die Preise eher entlastend wirken. Dies zeigt sich auch in den kurzfristigen Inflationserwartungen.²⁰

Alles in allem dürften die Verbraucherpreise unter der Annahme in etwa konstanter Ölpreise und eines stabilen Wechselkurses im Jahr 2013 um 2,0% und im Jahr 2014 um 1,8% steigen.

Öffentliche Finanzen: Staatshaushalt 2013 wieder mit Defizit

Im Jahr 2012 war der gesamtstaatliche Haushalt nahezu ausgeglichen. Auf der Einnahmeseite trugen hierzu insbesondere die Einkommen- und Vermögenssteuern bei, die vor allem aufgrund deutlich steigender Bruttolöhne und -gehälter nochmals recht kräftig zulegten. Demzufolge erhöhten sich auch die Beiträge an die Sozialversicherungen spürbar, wenngleich hier die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung dämpfend wirkte. Der Haushaltsausgleich war jedoch nicht allein konjunkturbedingt. Nach offizieller Berechnung war der gesamtstaatliche Haushalt auch strukturell nahezu ausgeglichen. Die Staatsausgaben nahmen, nach einem Rückgang im Jahr 2011, wieder leicht zu. Dies gilt aufgrund des Auslaufens von Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen insbesondere für die sozialen Sachleistungen und die sonstigen laufenden Transfers, die infolge höherer Abführungen an die Europäische Union deutlich ausgeweitet wurden. Dagegen gingen die Zinsausgaben aufgrund der günstigen Refinanzierungskonditionen insbesondere des Bundes deutlich zurück. Gleiches gilt, aufgrund sinkender Investitionszuschüsse an Unternehmen und der Abschaffung der Eigenheimzulage, für die geleisteten Vermögenstransfers. Bedingt durch das Auslaufen der Konjunkturpakete entwickelten sich auch die öffentlichen Investitionen rückläufig.

Im Prognosezeitraum wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte zunächst wieder etwas verschlechtern. Zwar werden auf der Einnahmeseite die hohen Lohnabschlüsse das Lohnsteueraufkommen

¹⁷ Vgl. dazu das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) abrufbar unter http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/eeg_2009/gesamt.pdf.

¹⁸ Vgl. dazu beispielsweise http://www.eeg-kwk.net/de/file/20121015_PM_EEG-Umlage.pdf.

¹⁹ Vgl. auch Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Einfluss der Umwelt- und Klimapolitik auf die Energiekosten der Industrie – mit Fokus auf die EEG-Umlage. Berlin, März 2011.

²⁰ Beispielsweise abgelesen an der Differenz der Renditen zwischen Bundesanleihen mit fixem Zinscoupon und der Rendite inflationsindexierter Bundesanleihen. Bloomberg, Market Data.

weiter steigern, jedoch kommt der Beschäftigungsaufbau im Jahr 2013 zum Stillstand. Bei den Sozialbeiträgen wirkt dann zusätzlich die deutliche Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung einnahmемindernd. Die Gewinnsteuereinnahmen werden vor dem Hintergrund der nur schwach expandierenden Nachfrage nahezu stagnieren. Dagegen dürften die Zinseinnahmen und damit die Vermögenseinkommen des Staates wieder zulegen. Gleiches gilt, auch infolge von Gebührenerhöhungen vieler Kommunen, für die Verkäufe des Staates. Im Jahr 2014 legen die Staatseinnahmen wieder stärker zu. Dies ist im Wesentlichen auf die mit der zu erwartenden konjunkturellen Erholung stärker expandierenden Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen zurückzuführen.²¹ Alles in allem werden die Staatseinnahmen im Jahr 2013 um 2% und damit deutlich schwächer zunehmen als in den beiden Jahren zuvor; im Jahr 2014 erhöhen sich die staatlichen Einnahmen um 3%.

Die Staatsausgaben werden im Jahr 2013, auch vor dem Hintergrund nachlassender Konsolidierungsbemühungen und einer expansiv ausgerichteten Finanzpolitik, stärker ausgeweitet als in den Vorjahren. So fallen etwa Mehrausgaben im Zuge der Neuausrichtung der Pflegeversicherung oder

durch das neu eingeführte Betreuungsgeld an. Die monetären Sozialleistungen werden aber vor allem aufgrund deutlicher Rentenerhöhungen, insbesondere infolge kräftiger Lohnzuwächse in den vergangenen beiden Jahren, wieder stärker zulegen. Bei den Arbeitnehmerentgelten schlagen die kräftigen Gehaltssteigerungen der Beschäftigten von Bund und Kommunen zu Buche; zudem sind durch die im Laufe des Jahres 2013 anstehenden Tarifabschlüsse für die Landesbediensteten weitere Ausgabensteigerungen zu erwarten. Die Zinsausgaben des Staates werden im Jahr 2013 aufgrund des wieder stärker gestiegenen Schuldenstandes nur noch leicht sinken. Schließlich werden die öffentlichen Investitionen, die nach dem Auslaufen der Konjunkturpakete stark rückläufig waren, wieder ausgeweitet. Alles in allem werden sich die Ausgaben des Staates im Jahr 2013 um 2,8% erhöhen. Im folgenden Jahr fällt der Ausgabenanstieg etwas geringer aus. Nach einem nahezu ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2012 wird sich der Finanzierungssaldo des Staates im Jahr 2013 wieder leicht verschlechtern. Das Finanzierungsdefizit beläuft sich auf 0,3% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2014 dürfte sich der negative Finanzierungssaldo etwas verringern.²²

²¹ Sollten, anders als in dieser Prognose unterstellt, im Prognosezeitraum Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression umgesetzt werden, würde dies die Steuereinnahmen mindern.

²² In dieser Prognose wird unterstellt, dass ein zweiter Schuldenschnitt für Griechenland unausweichlich ist. Da derzeit aber nicht vorhersehbar ist, wann und in welcher Form ein Schuldenschnitt erfolgen wird, ist dieser in der Prognose der öffentlichen Finanzen nicht quantifiziert.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2014

	2011	2012	2013	2014	2012		2013	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,4	1,0	0,1	0,2	1,2	0,7	0,1	0,0
Arbeitsvolumen	1,4	0,4	- 0,3	0,3	1,3	- 0,5	- 1,0	0,4
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,0	- 0,6	- 0,4	0,1	0,1	- 1,2	- 1,1	0,4
Produktivität ¹	1,6	0,4	1,0	1,2	- 0,2	0,9	1,2	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	3,0	0,8	0,7	1,5	1,1	0,4	0,2	1,2

2. Verwendung des Inlandsproduktes in jeweiligen Preisen

a) in Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 987,4	2 033,1	2 086,3	2 147,7	992,0	1 041,0	1 013,3	1 073,0
Private Haushalte ²	1 487,7	1 519,2	1 551,2	1 596,9	742,1	777,1	754,2	797,0
Staat	499,8	513,8	535,1	550,9	249,9	263,9	259,0	276,1
Anlageinvestitionen	469,9	465,0	471,7	495,2	224,2	240,8	222,6	249,1
Ausrüstungen	183,2	173,5	168,0	177,9	85,8	87,6	79,2	88,8
Bauten	258,1	262,4	273,5	285,7	124,4	138,0	128,9	144,6
Sonstige Anlageinvestitionen	28,5	29,1	30,2	31,6	14,0	15,2	14,5	15,7
Vorratsveränderung ³	3,7	- 8,1	- 10,9	- 6,5	5,1	- 13,2	1,6	- 12,5
Inländische Verwendung	2 460,9	2 490,0	2 547,1	2 636,4	1 221,4	1 268,6	1 237,5	1 309,6
Außenbeitrag	131,7	155,2	163,4	157,0	78,5	76,8	87,9	75,5
Exporte	1 300,8	1 371,3	1 435,9	1 536,6	675,3	696,0	705,4	730,5
Importe	1 169,2	1 216,1	1 272,5	1 379,5	596,8	619,3	617,5	655,0
Bruttoinlandsprodukt	2 592,6	2 645,2	2 710,5	2 793,4	1 299,9	1 345,3	1 325,4	1 385,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,5	2,3	2,6	2,9	2,7	2,0	2,1	3,1
Private Haushalte ²	3,8	2,1	2,1	2,9	2,6	1,7	1,6	2,6
Staat	2,5	2,8	4,1	2,9	2,8	2,8	3,7	4,6
Anlageinvestitionen	7,9	- 1,0	1,4	5,0	0,6	- 2,5	- 0,7	3,5
Ausrüstungen	7,3	- 5,3	- 3,2	5,9	- 1,1	- 9,1	- 7,7	1,3
Bauten	9,0	1,7	4,3	4,5	1,7	1,6	3,6	4,8
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	2,1	3,5	4,6	2,4	1,8	3,5	3,5
Inländische Verwendung	4,4	1,2	2,3	3,5	1,8	0,6	1,3	3,2
Exporte	10,9	5,4	4,7	7,0	5,5	5,3	4,5	5,0
Importe	13,0	4,0	4,6	8,4	4,9	3,2	3,5	5,8
Bruttoinlandsprodukt	3,9	2,0	2,5	3,1	2,3	1,8	2,0	3,0

3. Verwendung des Inlandsproduktes, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)

a) in Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 837,6	1 850,0	1 861,6	1 882,7	909,0	940,9	911,4	950,3
Private Haushalte ²	1 371,3	1 378,7	1 384,3	1 400,4	675,4	703,3	675,1	709,3
Staat	466,2	471,2	477,2	482,2	233,6	237,6	236,3	241,0
Anlageinvestitionen	438,8	428,3	429,4	445,0	206,2	222,1	202,4	226,9
Ausrüstungen	187,1	176,7	171,4	181,1	86,6	90,1	80,1	91,3
Bauten	219,3	217,7	222,0	226,9	103,7	114,0	105,2	116,8
Sonstige Anlageinvestitionen	31,5	32,5	33,8	35,5	15,4	17,1	16,0	17,7
Inländische Verwendung	2 292,9	2 284,0	2 293,3	2 333,5	1 128,6	1 155,5	1 123,7	1 169,6
Exporte	1 233,6	1 286,3	1 337,1	1 412,2	634,8	651,5	659,4	677,7
Importe	1 074,8	1 099,1	1 139,9	1 214,7	537,9	561,2	554,4	585,6
Bruttoinlandsprodukt	2 451,5	2 470,2	2 488,0	2 526,4	1 225,1	1 245,1	1 227,6	1 260,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,5	0,7	0,6	1,1	1,0	0,3	0,3	1,0
Private Haushalte ²	1,7	0,5	0,4	1,2	0,9	0,1	- 0,1	0,9
Staat	1,0	1,1	1,3	1,1	1,2	0,9	1,1	1,4
Anlageinvestitionen	6,2	- 2,4	0,3	3,6	- 0,8	- 3,8	- 1,8	2,2
Ausrüstungen	7,0	- 5,5	- 3,0	5,6	- 1,4	- 9,2	- 7,6	1,4
Bauten	5,8	- 0,8	2,0	2,2	- 0,9	- 0,6	1,5	2,5
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,0	4,0	5,0	3,2	2,8	4,1	3,9
Inländische Verwendung	2,6	- 0,4	0,4	1,8	0,2	- 1,0	- 0,4	1,2
Exporte	7,8	4,3	4,0	5,6	4,2	4,3	3,9	4,0
Importe	7,4	2,3	3,7	6,6	2,8	1,7	3,1	4,3
Bruttoinlandsprodukt	3,0	0,8	0,7	1,5	1,1	0,4	0,2	1,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2014

	2011	2012	2013	2014	2012		2013	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsproduktes (2005 = 100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	2,1	1,6	1,7	1,8	1,6	1,5	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	1,5	1,7	2,8	1,9	1,6	1,9	2,5	3,1
Anlageinvestitionen	1,7	1,4	1,2	1,3	1,5	1,3	1,1	1,2
Ausrüstungen	0,3	0,2	- 0,2	0,2	0,2	0,2	- 0,1	- 0,1
Bauten	3,0	2,4	2,2	2,2	2,6	2,2	2,1	2,3
Exporte	2,8	1,1	0,7	1,3	1,2	1,0	0,6	0,9
Importe	5,2	1,7	0,9	1,7	2,0	1,4	0,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	0,8	1,3	1,7	1,5	1,2	1,3	1,8	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) in Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 903,7	1 960,4	1 998,6	2 064,1	967,7	992,7	982,1	1 016,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	244,1	249,9	253,3	261,0	121,2	128,7	123,0	130,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 083,9	1 124,3	1 155,7	1 191,4	537,1	587,2	552,0	603,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	575,7	586,1	589,7	611,7	309,4	276,7	307,1	282,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	347,0	339,3	353,0	362,8	150,9	188,4	154,3	198,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 250,7	2 299,6	2 351,6	2 426,9	1 118,6	1 181,0	1 136,4	1 215,2
Abschreibungen	390,2	400,5	410,7	420,5	199,4	201,1	204,6	206,1
Bruttonationaleinkommen	2 640,9	2 700,1	2 762,3	2 847,4	1 318,0	1 382,1	1 341,0	1 421,3
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	1 984,6	2 027,7	2 074,7	2 146,1	982,4	1 045,3	998,2	1 076,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	656,7	653,4	665,8	693,7	324,1	329,4	323,2	342,6
Arbeitnehmerentgelt	1 328,0	1 374,3	1 408,9	1 452,4	658,3	715,9	675,0	733,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,5	3,0	2,0	3,3	3,6	2,3	1,5	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,0	2,4	1,3	3,1	2,5	2,3	1,5	1,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	3,7	2,8	3,1	4,0	3,5	2,8	2,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,4	2,7	2,8	2,8	2,7	2,7	2,7	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,5	1,8	0,6	3,7	3,4	0,0	- 0,7	2,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	0,5	- 2,2	4,1	2,8	- 1,3	- 3,0	2,3	5,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	2,2	2,3	3,2	2,9	1,5	1,6	2,9
Abschreibungen	2,8	2,6	2,5	2,4	2,5	2,8	2,6	2,5
Bruttonationaleinkommen	3,7	2,2	2,3	3,1	2,9	1,7	1,7	2,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,4	2,2	2,3	3,4	3,0	1,4	1,6	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,3	- 0,5	1,9	4,2	1,4	- 2,3	- 0,3	4,0
Arbeitnehmerentgelt	4,5	3,5	2,5	3,1	3,7	3,3	2,5	2,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) in Mrd. Euro

Masseneinkommen	1 109,8	1 142,8	1 172,7	1 199,9	549,2	593,5	564,4	608,3
Nettolöhne und -gehälter	725,8	751,9	772,5	791,8	354,8	397,1	364,9	407,5
Monetäre Sozialleistungen	473,2	480,7	492,1	501,8	239,0	241,6	245,3	246,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	89,2	89,8	91,8	93,8	44,6	45,2	45,8	46,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	575,7	586,1	589,7	611,7	309,4	276,7	307,1	282,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 55,4	- 63,8	- 62,5	- 61,5	- 31,8	- 32,0	- 31,0	- 31,5
Verfügbares Einkommen	1 630,1	1 665,0	1 699,9	1 750,1	826,8	838,2	840,6	859,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,1	30,8	31,6	32,3	15,2	15,6	15,6	16,0
Konsumausgaben	1 487,7	1 519,2	1 551,2	1 596,9	742,1	777,1	754,2	797,0
Sparen	172,6	176,7	180,3	185,5	99,9	76,8	102,0	78,4
Sparquote (%) ⁶	10,4	10,4	10,4	10,4	11,9	9,0	11,9	9,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,3	3,0	2,6	2,3	2,7	3,2	2,8	2,5
Nettolöhne und -gehälter	4,0	3,6	2,7	2,5	3,7	3,5	2,9	2,6
Monetäre Sozialleistungen	- 0,7	1,6	2,4	2,0	0,6	2,5	2,6	2,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	0,0	0,7	2,3	2,2	- 0,6	1,9	2,7	1,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,5	1,8	0,6	3,7	3,4	0,0	- 0,7	2,1
Verfügbares Einkommen	3,2	2,1	2,1	2,9	2,6	1,7	1,7	2,5
Konsumausgaben	3,8	2,1	2,1	2,9	2,6	1,7	1,6	2,6
Sparen	- 1,2	2,4	2,1	2,9	2,8	1,9	2,1	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2014

	2011	2012	2013	2014	2012		2013	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) in Mrd. Euro

Einnahmen								
Steuern	589,5	618,3	633,4	654,3	309,9	308,4	318,1	315,4
Sozialbeiträge	436,9	447,2	452,8	465,1	217,6	229,7	220,4	232,4
Vermögenseinkommen	27,3	25,2	25,7	25,9	12,0	13,2	12,3	13,4
Sonstige Transfers	17,0	17,3	17,6	17,9	7,7	9,6	7,8	9,7
Vermögenstransfers	9,7	9,8	9,9	10,0	4,6	5,2	4,6	5,3
Verkäufe	74,1	74,6	77,2	79,7	35,4	39,2	36,6	40,6
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2
insgesamt	1 154,9	1 192,7	1 216,8	1 253,3	587,3	605,4	599,9	616,9
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	334,3	343,4	357,4	368,7	166,3	177,2	173,4	184,0
Arbeitnehmerentgelt	199,7	203,9	209,9	215,1	97,9	106,0	100,8	109,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	65,9	63,2	62,7	64,3	31,5	31,8	31,0	31,7
Subventionen	26,9	28,2	29,3	29,4	11,7	16,5	12,7	16,6
Monetäre Sozialleistungen	425,4	432,1	442,0	450,7	215,1	217,0	220,6	221,4
Sonstige laufende Transfers	53,8	58,1	59,2	60,4	31,2	26,9	31,7	27,5
Vermögenstransfers	27,2	25,4	24,6	24,5	9,6	15,8	9,2	15,4
Bruttoinvestitionen	42,7	39,5	41,7	43,4	16,8	22,8	17,5	24,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,8
insgesamt	1 174,5	1 192,4	1 225,3	1 255,0	579,3	613,1	596,3	629,0
Finanzierungssaldo	- 19,7	0,3	- 8,5	- 1,7	8,0	- 7,7	3,6	- 12,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	7,4	4,9	2,4	3,3	4,2	5,5	2,6	2,3
Sozialbeiträge	3,7	2,4	1,2	2,7	2,6	2,1	1,3	1,2
Vermögenseinkommen	36,1	- 7,8	2,0	1,0	- 16,0	1,3	2,6	1,4
Sonstige Transfers	- 2,4	1,5	1,8	1,7	1,2	1,7	2,1	1,6
Vermögenstransfers	1,2	0,8	0,5	1,0	- 4,0	5,5	0,6	0,4
Verkäufe	6,1	0,7	3,5	3,3	0,9	0,5	3,5	3,4
Sonstige Subventionen	—	—	—	—	—	—	—	—
insgesamt	6,2	3,3	2,0	3,0	2,8	3,7	2,2	1,9
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	3,1	2,7	4,1	3,2	3,0	2,4	4,3	3,9
Arbeitnehmerentgelt	2,3	2,1	2,9	2,5	1,3	2,9	2,9	2,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	3,9	- 4,0	- 0,8	2,6	- 5,5	- 2,5	- 1,4	- 0,3
Subventionen	- 3,6	4,8	4,0	0,3	- 9,7	18,3	9,2	0,3
Monetäre Sozialleistungen	- 1,0	1,6	2,3	2,0	0,6	2,6	2,6	2,0
Sonstige laufende Transfers	- 0,5	7,9	1,9	2,1	10,8	4,6	1,5	2,3
Vermögenstransfers	- 54,9	- 6,5	- 3,2	- 0,5	- 13,6	- 1,5	- 4,0	- 2,7
Bruttoinvestitionen	2,0	- 7,6	5,6	3,9	- 8,7	- 6,8	4,7	6,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	—	—	—	—	—	—	—	—
insgesamt	- 1,4	1,5	2,8	2,4	0,7	2,3	2,9	2,6
nachrichtlich:								
Defizitquote in % in Relation zum BIP	- 0,8	0,0	- 0,3	- 0,1	0,6	- 0,6	0,3	- 0,9
Außenbeitrag in % in Relation zum BIP	5,1	5,9	6,0	5,6	6,0	5,7	6,6	5,5

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2012: Prognose des IWH.